

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Versammlungslinien kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbriefe werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Amtslich in Bochum, Wilmshausenstraße 88—92. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Nr.: Albersbach Bochum.

Die Katastrophe auf Achenbach vor dem Landtag.

Am 2. Februar gelangte im preussischen Landtag folgende Interpellation des Zentrums über die Schlagwetterexplosion auf Zeche Achenbach zur Besprechung: „Ist die Regierung in der Lage, Auskunft über die Ursachen des Grubenunglücks auf Achenbach am 30. Januar d. J. zu geben und was will sie tun, um der häufigen Wiederholung solcher Unglücksfälle vorzubeugen?“

Zentrumsabgeordneter Hermann Imbusch führte begründend dazu u. a. aus: „Die Treiber, um jeden Preis Kohlen, Stohlen zu fördern, ist schuld an den Grubenkatastrophen. Die Überarbeit muß die Arbeiter nervös machen. Die Arbeiter auf den Schlagwettergruben — es sind das zehntausende Arbeiter im Ruhrbergbau — müssen über die Schlagwettergefahr aufgeklärt werden. Die Ersetzung der Sicherheitslampen durch elektrische erhöht die Schlagwettergefahr. Wie steht es mit der Erprobung der Schlagwetterpfeife? Die Unfallziffer ist immer noch im Steigen begriffen, trotz der Einführung der Sicherheitslampen, denen die Zechenverwaltungen vielfach nicht die nötige Freiheit lassen. Da können die Sicherheitsmänner, die im Fall der Pflichterfüllung Lohnreduzierungen zu erwarten haben, freilich keine Erfolge erzielen!“ (Zustimmung im Zentrum.)

Handelsminister Dr. Sydow führt nach einigen Worten des Beileids aus: Nach den amtlichen Feststellungen hat die letzte Befragung durch einen Sicherheitsmann am 26. Juli v. J. stattgefunden. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber er war als Schießmeister täglich an der Unglücksstelle. Schlagwetter wurden nie gefunden, es wurden Sicherheitsprengstoff und Sicherheitslampen verwendet. Die Wetterung ging weit über die bergpolizeilichen Vorschriften hinaus. Der Minister schildert dann den Verlauf der Explosion, die 24 Knappen und Steiger tötete und 7 so schwer verletzete, daß sie noch nicht vernehmungsfähig sind. Es war eine reine Schlagwetterexplosion; woher die Schlagwetter gekommen sind, ist noch nicht aufgeklärt, ebenso wenig die Zündursache. Neuerdings wurden Misse bemerkt, aus denen Schlagwetter steigen. Die Ermittlungen und Aufräumungsarbeiten werden hoffentlich noch Klarheit bringen.

Der seit 16 Jahren im Bergbau stehende Sicherheitsmann berichtet, daß niemals Schlagwetter auftraten, die Arbeiterschaft ziemlich schlafig ist und vor dem Unfall nicht geschlafen wurde. Der Achenbach-Unfall im Dezember 1912 ist ebenfalls im Südfeld, jedoch auf einem anderen Flöz (Flöz 17 und 18) passiert. Die Bergverwaltung führt seit jeher einen Kampf gegen die Gefahren des Bergbaues. Stein- und Kohlenfall verursachen viel mehr Unfälle als Schlagwetter, wirken jedoch nicht so elementar und erzeugen deshalb nicht ein solches Aufsehen wie die großen Schlagwetterexplosionen. Wir haben in allen Sicherheitsfragen besondere Kommissionen eingesetzt, die gründlich gearbeitet haben. Die Bergpolizeivorschriften enthalten eingehende Anordnungen für die Minderung der Gefahren. Die Explosionsgefahren wollen wir durch Sicherheitsprengstoffe, einschränkende Bestimmungen für den Abbau in gefährlichen Betrieben und Vorkehrungsregeln beim Schießen beseitigen. Die Fabrische Schlagwetterpfeife muß erst praktisch erprobt werden, auch Zeß in Jena hat einen derartigen Apparat zur Erkennung des Methangehalts in der Luft konstruiert. Eine allgemeine Verminderung der Unfälle ist nicht erreicht worden, aber es ist wenigstens die Zahl der Explosionen erheblich zurückgegangen. — Die Steigerung der Kohlenproduktion entspricht dem gesteigerten Bedürfnis der Industrie. Da wir dafür nicht genug deutsche Arbeiter haben, müssen die Bergherren zu ihrem Leidwesen auch Ausländer beschäftigen. Die Ausländer müssen aber nach der Bergpolizeiverordnung die deutsche Sprache beherrschen. Ihre Auffklärung ist daher möglich und wünschenswert. Wir vermehren unausgeseht die Aufsichtsbeamten, Einfahrer usw. und haben die Sicherheitsmänner eingeführt. Es ist unrichtig, daß der Staat es an der Förderung der Sicherheitsmänner fehlen ließe. Aber wiederholt haben die Sicherheitsmänner Mängel übersehen und haben auch Verfehlungen ihrer Mitarbeiter nicht angezeigt, weil sie dann die größten Unannehmlichkeiten zu befürchten hätten. (Hört, hört! rechts und bei den Nationalliberalen.) Unabhängige Arbeiterkontrollen würden sich lediglich als Angestellte ihres Verbandes fühlen und agitieren. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Baukontrolle durch Arbeiter in Bayern hat die Unfälle noch nicht so heruntergedrückt wie die polizeiliche Baukontrolle in Preußen. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Wir werden im Kampf gegen die Gefahren des Bergbaues nicht erlahmen, so lange aber ihrer nicht ganz Herr werden, als ihre Bekämpfung in der Hand von Menschen mit ihren Fehlern und ihrer Unzulänglichkeit liegt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Schulte-Pelkum (konfessionell) ist mit der Antwort des Ministers vollkommen einverstanden. Da die Ursache noch nicht festgestellt, läßt sich im Augenblick nicht mehr sagen. (Beifall rechts.)

Abg. Warrer Traub (Volkspartei): Wir begrüßen die Interpellation, da sie uns Gelegenheit gibt, uns das Schicksal der Bergleute vor Augen zu halten. Zunächstlich der Sicherheitsvorrichtungen stehen wir leider hinter den Engländern zurück. Aber was nützen sie alle, wenn sie nicht in dem erforderlichen Maße von den Bergleuten angewendet werden können. Die Ermüdung der Arbeiter ist die Ursache für eine unzureichende Verhinderung der Unfälle. Vor allem betonen wir den erheblichen Wert der Arbeiterorganisationen im Hinblick auf die Unfallverhütung. Die englischen Bergarbeiter stehen in einem engeren Verhältnis zu ihrer Werkleitung. Das ist für die Sicherheit des Betriebes wichtig. Im Unterschied zu England ist es uns in Preußen noch immer nicht gelungen, die Unfallziffer zu senken. Wir müssen die Produktivität der Menschen, des deutschen Arbeiters stets über die Produktivität des Betriebes stellen. (Beifall links.)

Abg. Scieurich Kliff-Wattenjcheid, Bergwerksdirektor (nationalliberal): Auf der Zeche Achenbach herrschen gute Verhältnisse. Der Vorwurf des Interpellanten, die Gänge nach Kohlen sei die Ursache der meisten Katastrophen, ist zurückzuweisen und kann jedenfalls auf diesen Fall nicht bezogen werden. Die Sicherheitsmänner haben sich nicht so behauptet, wie man erwartet, da diese Einrichtung mit anderen,

abliegenden Zwecken verbunden worden ist. Ausländische Arbeiter sind nicht an verantwortungsvollen Stellen verwendet worden. Gewiß muß alles geschehen, um die Unfälle zu vermeiden, aber man darf nicht überhastete Maßnahmen treffen, die später wieder zurückgenommen werden müssen.“ (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Kamerad Otto Hue (soziald.): Bei dieser Katastrophe ist irgend etwas Mäkelhaftes vorgekommen. Sie bestätigt aber, daß bei eintigermachen genügenden Verteilungen eine Schlagwetterexplosion niemals jenen grauenhaften Umfang annehmen kann, wie auf der Zeche Achenbach und manchen anderen. Das wird vielleicht für die Bergbehörde der Anlaß sein, sich über die Verteilung auf den Gruben zu orientieren. Die Erklärung des Ministers, daß sich in diesem Bergwerk niemals Schlagwetter vorgefunden hätten, ist außerordentlich merkwürdig. Es passieren im deutschen Bergbau eine ganze Reihe Schlagwetterexplosionen ohne Menschenopfer; wenn nun 24 Bergarbeiter getötet wurden, so kann man sehr wohl annehmen, daß dort auch schon vorher Schlagwetter aufgetreten sein mußten. Immerhin zeigt die Statistik, daß man doch in der Lage war, durch technische Maßnahmen und scharfe Kontrolle die Zahl der Opfer von Schlagwetterkatastrophen zu vermindern. Aber gegen die ganze Gelegentlichkeit sind schon in den 60er Jahren hier in diesem Hause dieselben Gründe eingewendet worden, die man noch jetzt gegen das Verlangen nach besserem Arbeiterschutz anführt. Es ist absolut falsch, die Gefährlichkeit des Bergbaues nach den Massenunglücken zu bewerten. Von den

2000 Toten jährlich im deutschen Bergbau kommen nur 10 bis 15 Prozent auf Massenunglücke. Gegen kleinere Unglücksfälle aber werden die Arbeiter und die Öffentlichkeit in trauriger Weise immer mehr abgestumpft und gerade aus dieser zunehmenden Gleichgültigkeit erklärt sich manches Unglück. Die Unfallziffer im deutschen Bergbau steigt! (Hört, hört! bei den Soz.) Aber es ist amtlich nachgewiesen, daß die Quote der auf Verschulden der Arbeiter zurückzuführenden Unglücksfälle von 1893—1912 gesunken ist von 46,89 Prozent auf 31,37 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir stehen im europäischen Bergbau

an der Spitze der Unfallziffer.

Das preussische Berggesetz hat in den 60er Jahren die alten guten Schutzbestimmungen radikal beseitigt und die Manchestertheorie, das freie Wanken auf dem Gebiet der Sozialpolitik anerkannt, zur selben Zeit, wo man auf Grund der schlechten Erfahrungen sich in England davon abwandte. Die tödlichen Unfälle sind in Preußen seit 1850/60 von 1,91 auf 2,37 pro Tausend gestiegen, in Großbritannien aber in derselben Zeit von 4,30 auf 1,17 pro Tausend gefallen! (Hört, hört! bei den Soz.) — Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Nun, von den gesamten Unfällen kamen auf Steinfall in Preußen 38 Prozent, in England 50 Prozent. — Da kann es doch nicht auf die Gefährlichkeitsverhältnisse zurückzuführen sein, daß in Preußen sich mehr Unfälle ereignen! (Sehr gut! bei den Soz.)

In einem Brief über das Begräbnis der Opfer schreibt mir ein Herr, daß er dabei an das Wort von den zwei Nationen im selben Volke

habe denken müssen, als er die Vertreter der Zechenherren und der Behörden den blaffen und hochmütigen Bergarbeitern gegenüberstand. Nicht ein Arbeiter schreibt mir das, die sind dagegen abgestumpft, sondern ein akademisch gebildeter Herr! Dem Vorredner gegenüber stelle ich fest, daß zehntausende von den ins Ruhrgebiet hingeschleppten fremden Arbeitern völlig betriebsunfähig sind, trotzdem aber auch an gefährlichen Stellen verwendet werden.

Der Bochumer Knappschaffsberein weist denn auch nach, daß 233 verunglückte Ausländer 163 verunglückte westdeutsche Arbeiter gegenüberstehen. Es ist frivol, betriebsunkundige Leute an gefährdete Arbeitspunkte zu stellen, wo Unvorsichtigkeit und Unkenntnis jederzeit ein großes Unglück anrichten kann. Hier kommen Sie uns nicht damit, daß man Kohlen liefern müsse — hier hat allein die Menschlichkeit zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Der Minister sagte, auf Achenbach seien meistens ältere ständige Arbeiter beschäftigt; nun, von den 24 Toten sind zehn unter 25 Jahren und vierzig unter 30 Jahren! Freilich, wenn einer als Bergarbeiter 40 Jahre alt wird, dann wird er ja schon zum alten Eisen geworfen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Wollen Sie bestreiten, daß nach amtlichen Mitteilungen im Bezirk Bochum Bergarbeiter

mit 18 bis 20 Dienstjahren schon Ganzinvaliden sind?

Die Grube Achenbach gehört zu den Schlagwettergruben, das wurde seinerzeit bei dem Unglück von 1912 als Entschuldigungsgrund angeführt; da war also besondere Vorsicht am Platze. Aber Vorsicht und Akkordsystem sind freilich unvereinbar. Neuester gefährlich sind die Sohlräume, in denen sich Schlagwetter ansammeln, die dann bei einer Explosion als Überträger dienen. Man stellt aber nicht Reparaturarbeiter an, um solche Sohlräume auszufüllen, sondern man nimmt diese Arbeiter in das Gedinge hinein, das völlig einseitig von der Zeche und den Steigern,

die ihr Soll möglichst billig liefern müssen, festgesetzt wird. Wenn nun Ende Dezember den Leuten noch angekündigt wird, daß das Gedinge im Januar um 10 Prozent weniger beträgt, dann wird natürlich gehörig geschuftet und auf Gefahren gar nicht mehr geachtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Fachleute halten es übrigens nicht für ausgeschlossen, daß die Zündung auf Achenbach durch den elektrischen Strom geschehen ist. Vielleicht liegt hier eine große neue Gefahrenquelle und man prüfe rechtzeitig, ob man diese Gefahren nicht durch Isolierung der elektrischen Leitungen beseitigen kann. Jedenfalls hat auch dieses Unglück wieder gezeigt, daß, wenn irgendwo, so im Bergbau Akkordsystem, Mordsystem ist. (Zustimmung bei den Soz.) Etwas anderes wäre es, wenn das Gedinge noch

nach altdeutscher Weise gemacht würde auf Grund eines Mindestlohns. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Nun, Sie

bei dem Verkauf der Kohle einen Mindestpreis zugrunde, warum soll das der Arbeiter nicht auch bei dem Verkauf seiner Arbeitskraft tun dürfen?! (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wo er sein Leben gefährdet!)

Tarifverträge sind im deutschen Bergbau durchaus möglich. Die jetzige Gedingebreiterei aber wirkt darauf hin, daß die der Willkür der Beamten ausgelieferten Arbeiter — das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist graue Theorie! — schließlich alle Vorsicht beiseite setzen. Die hohen Strafen zwingen den Arbeiter, seine Arbeitsleistungen noch zu steigern, so daß er noch mehr abgeklumpft wird. Strafen bis zu fünf Mark pro Wagen und pro Mann kommen vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Juli v. J. wurden auf Zeche Achenbach an einem Tage für einen unrelinen Wagen 32 Mark erhoben, am andern Tage 40 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei müßte doch auf die Unreinheit der Flöße Bedacht genommen werden. Die gute Ernährung der Bergarbeiter hängt zusammen mit der Unfallverhütung. Die absolute Lohnziffer sagt noch gar nichts, da die Lebensmittelpreise viel stärker gestiegen sind als die Löhne. Besonders schlimm steht es um die soziale Rechtslage des sogenannten neuen Mittelstandes. Es ist doch eine tolle Geschichte, wenn überhaupt ein

Wettersteiger noch zugleich Fahrsteiger ist. Die Wettersteiger sitzen an und für sich schon zwischen zwei Stühlen, auf der einen Seite sollen sie billige Erzeugnisse liefern, auf der andern für die Betriebssicherheit verantwortlich sein. Ist nicht man sie noch Straffschichten machen. Da ist es kein Wunder, wenn die Beamten nervenkrank werden.

Meine Partei hat nicht für das Sicherheitsmännergesetz gestimmt. Die Regierung muß das soziale Recht der Unterbeamten ausbauen. Dieselben Klagen, die jetzt vorgebracht werden, wurden von uns zu seiner Abwehr vorgebracht. Jetzt wird gesagt, das Interesse habe nachgelassen, es fänden weniger Befragungen statt. Nichtig ist, daß die gewerkschaftlich organisierten Sicherheitsmänner schikanisiert werden,

weil sie ihre Aufgabe ernst nehmen. Die Ausführungen des Ministers werden nicht dazu beitragen, sie anzutreiben, darin weiterzugehen. Auf der Zeche Achenbach werden die Sicherheitsmänner schikanisiert, man gab ihnen schlechte Arbeit, sie mußten sich quälen und blieben unter dem Durchschnittslohn. Das ist dem Minister wohl unbekannt geblieben, ebenso, daß man sie mit schweren Vorwürfen bedachte, Drohungen und Beleidigungen ausströfte und die Arbeiter gegen sie aufstieß, indem man diese bestrafte und ihnen dann sagte: „Das habt ihr den Sicherheitsmännern zu verdanken!“ Jene Sicherheitsmänner, die vor dem Streik auf Zeche Achenbach kritische Eintragungen über schlechte Verhältnisse, lebensgefährliche Betriebszustände, Wettergehalt gemacht hatten,

wurden nicht wieder eingestellt.

(Hört, hört! bei den Soz.) Die Kontrollgänge sind die reinsten Hehljagden. Der Sicherheitsmann kann außerdem nur befehlen, aber nicht kontrollieren, ob die Mißstände auch beseitigt werden. Ein Bergassessor Direktor Göb von Consolidation. (Red.) hat einmal gesagt, die Sicherheitsmänner sind nicht gefährlich, weil sie in dem Dienst der Zeche bleiben, der Steiger hat sie mit dem Lohn in der Hand,

„mit Geld ist alles zu machen!“

Durch künstliche Revierenteilung vermindert man die Zahl der Sicherheitsmänner. Im Valashotel war am 6. Januar 1909, kurz nach dem Knabobunglück, eine Konferenz der Koryphäen der Bergwerksindustrie, in der gegen das Sicherheitsmännergesetz Stellung genommen wurde. Das Protokoll kann ich in Abschrift vorlegen. Da erklärte der frühere Vorsitzende der Bergwerksdirektion Coarbrücken, Hilger,

um Schlimmeres zu verhüten, habe er die Sicherheitsmänner-einrichtung eingeführt.

(Hört, hört! bei den Soz.) „Nach meiner Auffassung sollte die ganze Sache weise Salbe sein und ist es geblieben.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird dann dargelegt, wie man durch Zusammenwerfen und Aufteilung von Revieren die Sicherheitsmänner aus dem Amt bringen kann. Ein Oberbergamt Schlegelberde der Regierung die schwere Anklage zu, sie habe den Bergwerksbesitzern erklärt, das Sicherheitsmännergesetz sei eine Mißliste, hinter der sich die verantwortlichen Herren verstecken können. Nun Regierungseite sollte sogar erklärt worden sein, daß man in eine Tausendfüßler gekommen wäre, wenn man nicht das Sicherheitsmännergesetz gebracht hätte. Ein anderer empfahl als taktische Maßnahme, um das ganze Gesetz zu schmeißen, zu erklären,

der Minister gehe Arm in Arm mit der Sozialdemokratie.

(Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Not am größten, ist der rote Lappen am nächsten. (Heiterkeit.)

Durch die Ausführungen des Ministers bin ich zu der Auffassung gekommen, daß an eine Einführung von Arbeiterkontrollen, die von Arbeitern gewählt und vom Staate besoldet werden, einstweilen in Preußen nicht zu denken ist. Dann muß mindestens das Gesetz dahin reformiert werden, daß man den Sicherheitsmänner während seiner Amtszeit vor wirtschaftlichen Schädigungen besser schützt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es muß ein Mindestlohn festgesetzt werden, sonst ist er jeder Willkür ausgeliefert. So entsteht Interesselosigkeit, es werden Eintragungen in das Jahrbuch gemacht, die der Wahrheit nicht entsprechen; die Leute sehen manches, wagen es aber nicht einzufragen, um nicht schikaniert zu werden. Die holländische Regierung hat in die Praxis der preussischen Sicherheitsmänner Einblick erhalten wollen. Die Auskunft, die ihr von der Regierung erteilt wurde, ist eine Herabwürdigung der Tätigkeit der Sicherheitsmänner. (Hört, hört! bei den Soz.) Wer hat der Regierung das Material dazu geliefert? Warum können wir nicht so weit kommen wie in England, wo es heute schon einen Mindestlohn für Unterzeigerarbeiter gibt? Und wann kommt ein Gesetz zur Schichtbeschränkung? In Frankreich, Belgien und Holland haben wir seit Jahren den neun- und achtstündigen Arbeitstag, trotz durchaus nicht günstiger Selbstkostenbedingung. In Preußen wird noch bis zu 12 Stunden gearbeitet,

Ursachen der Sicherheitsmann Missetaten nicht wahrgenommen hat? Müßten diese Ursachen notwendig in mangelnder Befähigung liegen oder sind sie nicht vielmehr eine Wirkung des Abhängigkeitsverhältnisses, in dem sich der Sicherheitsmann seinem Steiger, der Besse und — last not least auch den Arbeitern gegenüber befindet? Schon der hausbackene Steiger kann den Sicherheitsmann empfindlich schädigen, und bei seinen Kameraden kommt er leicht in den Tadel, lieb kind beim Steiger und der Besse werden zu wollen. An der Befähigung zu ihrem Amte dürfte es sicher den wenigsten fehlen. Gehört denn übrigens ein solch außerordentliches Maß von Intelligenz zu der Funktion? Ich meine, jeder ältere Bergmann, der gesunde Nerven hat, wird doch sehen können, ob die vorgeschriebenen Barrieren an den Bremsbergen und Schächten vorhanden, die Fahr- und Wetterwege, Strecken und Abbauräume sicher verbaut sind. Er wird auch finden können, wenn die Wetterführungseinrichtungen nicht in Ordnung sind. Meint der Minister aber, zu alledem gehöre eine genaue Kenntnis der Politzettelvorschriften, so braucht er ja nur seine Organe anzuweisen, daß sie nicht nur die Besen, sondern auch die Sicherheitsmänner von den Verordnungen und Spezialverfügungen über Wetterführung, systematischen Ausbau usw. in Kenntnis setzen. Daß das nicht geschieht, ist eben nur ein Beweis dafür, daß man die Arbeiter nicht als gleichberechtigte Organe der Grubenaufsicht anerkennen will. Bei der jetzigen Form der ganzen Einrichtung wird es wohl zu dieser Anerkennung in absehbarer Zeit nicht kommen. Zugabe auch, die Revierbeamten wollten die Sicherheitsmänner nicht mehr als ein Missetatenbotum gegen die staatliche Grubenkontrolle betrachten und sich freundlicher zu ihnen stellen, so bliebe immer noch das Abhängigkeitsverhältnis von der Besse und deren Organen. Stockschläge auf den Magen vertragen aber auch der rückgratlose Sicherheitsmann auf die Dauer nicht. Es ist darum dringend notwendig, daß die Arbeiterkontrolleure wirtschaftlich unabhängig gemacht werden, indem man sie als Angestellte des Staates besoldet und mit gleichen Rechten und Pflichten in den Kreis der staatlichen Aufsichtsglieder einreicht. Nur so steht zu hoffen, daß der mit den Sicherheitsmännern verfolgte Zweck, die Grubensicherheit zu erhöhen und Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, auch erreicht wird. Wenn, wie die Dinge heute liegen, jeder untergeordnete Grubenbeamte den Sicherheitsmann an der Nase herumführen und wie Herr Gue ganz richtig im Abgeordnetenhaus ausführte, durch die Grube gehen kann, dann wird die ganze Einrichtung zur Karikatur einer Grubenkontrolle, und es wäre besser, sie würde möglichst schnell wieder beseitigt. Wir werden es sonst erleben, daß sich kein charakterfester Arbeiter mehr zu dem Amt hergeben wird. Dadurch würde aber die gerechte Sache der Bergleute eine große Einbuße erleiden, die nicht so leicht wieder gut zu machen wäre. Das wäre bedauerlich nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern auch vom Standpunkte derjenigen Grubenbeamten, die mit dem Arbeiter fühlen und die durch den Aufstieg der Arbeiter zu einer Besserung ihrer eigenen Berufsverhältnisse zu kommen hoffen.

Vorstehende Aufzeichnungen sind nicht etwa das Hirngespinnst einer unzufriedenen, polkenden Seele, sondern Beobachtungen eines um sich schauenden Beamten, dem es jedesmal weh tut, wenn Kollegen in blinder Voreingenommenheit sich den Aufwärtsbestrebungen der Arbeiter entgegenstellen. Auf diese paßt das Wort des sterbenden Heiland: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Sie merken es gar nicht, daß sie sich dadurch selbst eine Kette binden. Die Misere des eigenen Berufslebens hat sie gefühllos nicht nur für die eigenen, sondern auch für die Leiden anderer gemacht.

Hat der „christliche“ Veltete Klein einen Meineid geschworen?

Der Zeuge Kürup gegen den Redakteur Kürup!

Am 20. Februar v. J. fand vor dem Bochumer Schöffengericht die Verleumdungsklage der 15 Knappschaftsvorstandsältesten unseres Verbandes gegen die Redakteure Kuegebauer und Gitzgens vor der „Westfälischen Volkszeitung“ statt, in welcher auch der „christliche“ Veltete Klein als Zeuge vernommen wurde. Ueber seine eidliche Aussage brachten die „Westfälische Volkszeitung“ vom 22. Februar v. J. und der „Bergknappe“ (Nr. 9 vom 1. März) in Sperrdruck einen gleichlautenden Bericht, wonach Klein ausgesagt haben sollte:

„... daß er seit 1911, unter der Herrschaft der Verbandsältesten, der Paragrafen betreffend Einberufung der Generalversammlung in so arbeiterschädigender Weise ausgelegt worden sei. Früher seien die Anträge stets von der Verwaltung an die Beteiligten verhandelt worden. Der jetzige Modus, Tagesordnung und Termin gleichzeitig festzusetzen, liege nicht im Interesse der Knappschaftsmitglieder. Es sei ihm nicht bekannt, daß jemals früher so viel Schwierigkeiten gemacht worden seien.“

Der „Bergknappe“, dessen Redakteur Kürup der Prozeßverhandlung beigewohnt und diesen Bericht verfaßt hat, hielt die beleidigenden und unwahren Behauptungen gegen unsere Velteten nicht allein aufrecht, sondern erhärtete sie durch das eidliche Zeugnis des Velteten Klein, trotzdem durch das Zeugnis des Herrn Dr. Weidmann das Gegenteil bewiesen und die beiden Redakteure zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren. Diese Leistung des „Bergknappen“ hat sogar unser Urteil über den moralischen Tiefstand dieses „Christenblattes“ noch weit übertraffen, denn als wir damals das Gericht verließen, sagten wir: „Nach dem Bestimmen und ausführlichen Zeugnis des Herrn Dr. Weidmann und dem Gerichtsurteil werden es die Rätermäuler nicht weiter wagen, diese schamlosen Vorwürfe gegen unsere Velteten zu erheben, und als von anderer Seite dennoch Zweifel erhoben und gesagt wurde, das Verleumdung sei Christenhaftigkeit, widersprachen wir dem Zweifel, da wir es für ungläublich hielten, entgegen diesem klaren Gerichtsbescheid und einer unausprechlichen Zeugnisaussage dennoch die alten Verleumdungen aufrecht zu erhalten. Wir hatten uns getäuscht, denn sie würden nicht allein aufrecht erhalten, sondern noch durch die angeblich eidliche Aussage des Herrn Klein erhärtet.“

Gegen diese triviale, Sündlungsweise journalistischer Ehrschneider müßten wir unsere Velteten schützen und da der „Bergknappe“ das eidliche Zeugnis des Herrn Klein als Unterlage seiner neuen Verleumdung benutzte, dieses Zeugnis jedoch im strikten Gegensatz zur Wahrheit stand, richteten wir in Nr. 10 vom 8. März unter obiger Überschrift die Anfrage an Klein, ob er wirklich so geschworen habe, wie der „Bergknappe“ berichtet. Jeder Mensch, der unsere Artikel liest, findet sofort heraus, daß die Frage dem „Bergknappen“ a. I. Herr Klein nur veranlaßt werden sollte, sein „wahrheitsliebendes“ Fachblatt zu berichtigen. Das tat Herr Klein jedoch nicht, wie stets brachte der „Bergknappe“ keine Richtigstellung und so wiederholten wir unsere Frage weiter in Nr. 12 vom 22. März und Nr. 17 vom 26. April, allerdings immer vergeblich. Eine „christliche“ Veltetenkonferenz beschäftigte sich mit unseren Anfragen an den Velteten Klein und entschied — nach dem Bericht im „Bergknappen“ — daß Klein dasjenige be-

schworen hätte, was die „christlichen“ Velteten empfanden, und wies unsere Anfrage als unberechtigte Angriffe gegen einen „bediensteten Velteten“ zurück. Darauf wiederholten wir die Frage in Nr. 39 vom 27. September nochmals und schrieben:

„Auf diese Frage haben wir bis heute noch keine klare Antwort erhalten, müssen sie deshalb erneut stellen. Eine „christliche“ Veltetenkonferenz hat in einer Resolution niedergelegt, daß Klein dasjenige geschworen hätte, was alle „christlichen“ Velteten empfanden. Auf diese Resolution hin haben wir die „christlichen“ Velteten auf die Oberformel aufmerksam gemacht, wonach Klein nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzufügen hätte, so wahr ihm Gott helfe! Keine Empfindungen, sondern die Wahrheit mußte er sagen, während er nach dem Bericht der Centrumspresse die glatte und bewusste Unwahrheit geschworen hat!“

In Nr. 40 erwähnten wir diese Tatsache in dem Prozeßbericht gegen Goerke abermals, aber eine Antwort erfolgte nicht, dafür gewährte der Gewerksverein Herrn Klein Rechtsschutz und dieser ließ gegen unsere Kameraden Leimpeters und Wagner, sowie gegen den Redakteur Steinbüchel von der Essener „Arbeiter-Zeitung“, die unsere Anfrage nachgedruckt hat, durch Herrn Dr. Wallach Privatklage erheben, die am 8. und 5. Februar vor dem Schöffengericht zu Essen verhandelt wurde.

Die Angeklagten Leimpeters und Wagner übernehmen die Verantwortung, während sich Leimpeters dazu als Verfasser bekennt. Beide erklären, den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten, daß Herr Klein einen wissenschaftlichen Meineid geleistet habe, falls seine bisher noch nicht bestrittene und nicht widerrufenen Zeugnisaussage vom „Bergknappen“ richtig wiedergegeben sei.

Der Privatkläger Klein bestritt die Richtigkeit des Berichtes im „Bergknappen“. Er habe das nicht geschworen, was im „Bergknappen“ stünde, was schon aus dem Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ hervorging, die ganz anders über seine Aussagen berichtet habe, was sicherlich nicht geschah wäre, hätte seine Aussage so gelautet, wie sie im „Bergknappen“ steht. Er sei auch sofort zur Redaktion des „Bergknappen“ hingegangen und habe dort erklärt, der Bericht sei unrichtig, und gebeten, eine Richtigstellung zu bringen. Das habe die Redaktion jedoch abgelehnt.

Verteidiger Dr. Serzfeld beantragt darauf, den am Berichterstatterlich anwesenden Redakteur Kürup darüber als Zeugen zu vernehmen, daß der Bericht im „Bergknappen“ richtig sei, und daß Klein tatsächlich so geschworen habe, wie ihm unterstellt werde. Kürup habe der Gerichtsverhandlung in Bochum als Berichterstatter beigewohnt, habe darum ganz besonders scharf auf die Aussage des Zeugen Klein hingehört und habe sicherlich nichts anderes berichtet, als was Klein geschworen.

Zeuge Kürup erwidert zunächst auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, ob er mit einem der Angeklagten verwandt sei: „Herr Leimpeters ist mein Onkel!“

Man sieht, selbst wenn in einer Familie auch Streitigkeiten vorkommen, im Augenblick der Gefahr schließen sich die Familienbande doch, so daß der Neffe nicht gegen den Onkel zeugen will! Hat auch Kürup seinen Heiland verleugnet, Kürup verleugnet seinen Onkel nicht!

Das Gericht war jedoch anderer Meinung und so mußte der Neffe gegen den Onkel, oder richtiger: der Zeuge Kürup gegen den Redakteur Kürup aussagen! Er betonte, daß er nicht als Berichterstatter, sondern als Zeuge dem Prozeß beigewohnt, jedoch den Bericht gemacht habe. Das ist schon unwahr! Herr Kürup war weder als Zeuge geladen, noch ist er als solcher aufgerufen worden, sondern hat von Beginn bis Schluß der Verhandlung als Berichterstatter im Zuscherraum gewohnt. Herr Kürup hat sich also unter seinem Eid geirrt! Dann sagte er weiter aus, Klein habe so schnell gesprochen, daß er nicht jedes Wort verstehen konnte, aber nach seinen Aufzeichnungen habe er ausgesagt, daß seit 1911, nachdem die Verbandsältesten den Vorstand allein besetzten, Generalversammlung und Tagesordnung zugleich festgelegt und dadurch die Knappschaftsmitglieder geschädigt würden, weil sie keine Anträge mehr an die Generalversammlung stellen könnten. Seit 1911 seien auch die Anträge der Velteten nicht mehr von der Knappschaftsverwaltung an die einzelnen Generalversammlungsmitglieder verhandelt worden, was nur im Einverständnis der Verbandsältesten geschehen konnte. Daraus schlußfolgerten wir, daß früher anders verfahren wurde. Auf Vorhalt Kleins, daß er nicht so ausgesagt habe, gibt Kürup zu, die Aussage könne auch anders gelautet haben, der richtige Zusammenhang sei ihm entgangen.

Vorsitzender: Hat Klein nachher nicht mit Ihnen gesprochen und gesagt, daß Ihr Bericht unrichtig sei?

Kürup: Als die „Bergarbeiter-Zeitung“ den ersten Artikel gegen Klein brachte, kam Herr Klein zu mir auf die Redaktion und meinte, es sei ein Zirkum unterlaufen. Ich sagte, wir wollen zunächst abwarten, wie die Sache ausläuft.

Vorsitzender: Hat Klein nicht um eine Berichtigung gebeten, um den falschen Verdacht, der auf ihm lastete, zu beseitigen?

Kürup: Eine Berichtigung hat er nicht direkt verlangt, da ja nur einige Worte nicht stimmten.

Dr. Wallach: Herr Kürup, Sie stehen unter Eid, Sie müssen die Wahrheit sagen, Sie müssen sagen, daß Herr Klein bei Ihnen gewesen ist und eine Berichtigung gefordert hat, sonst würde er sich sicherlich an die „Bergarbeiter-Zeitung“ wenden, aber Sie brachten die geforderte Berichtigung nicht, das war Ihnen wohl unangenehm!

Kürup, dem der Anglistenweiss schon längst auf der Stirne stand, stammelte nur noch ein leises „Ja!“, dann durfte er abtreten. Kürup kannte das Antwortschreiben vom Oberbergamt vom 2. September 1912, in dem schon amtlich nachgewiesen wird, daß die „christlichen“ Behauptungen, erst seit 1911 werde Termin und Tagesordnung der Generalversammlung in einer Vorstandsitzung angefertigt, falsch ist, er hat die Zeugnisaussage von Herrn Dr. Weidmann, der diese Behauptung ebenfalls widerlegt, und dann das Gerichtsurteil in Bochum angehört, weiß also ganz genau, daß sie unwahr sind, dennoch schreibt er sie in seinen Bericht als die eidliche Aussage eines „christlichen“ Velteten, gibt den Satz noch in Sperrdruck wieder und bringt dadurch ein Mitglied seiner Organisation in den Verdacht, einen Meineid geschworen zu haben! Der idyler Verdächtige bittet um eine Richtigstellung, droht sogar, sich an die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu wenden. Ammonit! Der „christliche“ Veltete Kürup, der kein falsches Zeugnis wider seinen Nächsten geben, der als Katholik nicht lügen darf, verweigert die Aufnahme der Berichtigung, läßt den Verdacht auf dem armen Arbeiter lasten, dafür bewilligt der Gewerksverein dem Mann dann aus Mitgliederbeiträgen Rechtsschutz, um gegen uns zu klagen, damit vom Bericht keine vom „Bergknappen“ getraubte Ehre wieder hergestellt wird. Dafür mußte auch der Zeuge Kürup beschwören, daß der Redakteur Kürup die Unwahrheit geschrieben hat, und zwar wider besseres Wissen!

Knappschaftsdirektor Köhne wird darüber vernommen, ob früher eine andere Geschäftspraxis geherrscht habe, was er verneint. Er habe sämtliche Akten von 1907 an durchstudiert, aber keinerlei Anhaltspunkte gefunden, die den Vorwurf rechtfertigen, daß Herr Klein angeblidlich erhoben hat.

Vorsitzender: Es wird behauptet, daß früher Termin und Tagesordnung für die Generalversammlung nicht zugleich festgelegt wurden, sondern erst der Termin, dann in einer späteren Vorstandssitzung die Tagesordnung, um den Velteten Gelegenheit zu geben, Anträge zu stellen?

Zeuge Köhne: Das ist nicht richtig. Termin und Tagesordnung sind stets in einer Sitzung festgelegt worden. Man kann doch keine Generalversammlung ansetzen, ohne eine Tagesordnung aufzustellen.

Vorsitzender: Ich meine auch, man muß erst eine Tagesordnung haben, ehe man eine Generalversammlung ansetzt. — Werden die Anträge der einzelnen Velteten an die Generalversammlung durch die Verwaltung verschickt?

Zeuge Köhne: Jawohl, und zwar heute noch genau so wie früher.

Vorsitzender: Der Kläger hat aber ein Schreiben der Verwaltung verlesen, wonach die „christlichen“ Velteten ersucht wurden, ihre Anträge selbst zu verschicken.

Zeuge Köhne: Es handelt sich um die ordentliche Generalversammlung im Juni 1912. Der Vorstand hatte keine Satzungsänderung auf die Tagesordnung gestellt, weil im Oktober eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Satzungsänderung stattfinden mußte, was den Velteten bekannt war. Dennoch stellten die „christlichen“ Velteten zu der ordentlichen Generalversammlung Anträge auf Satzungsänderung. Der Vorsitzende stand auf dem Standpunkt, daß diese Anträge nicht zulässig seien, weshalb die Verschickung durch die Verwaltung abgelehnt wurde.

Vorsitzender: Gaben die Velteten stets so früh Kenntnis vom Stattfinden einer Generalversammlung, daß sie in der Lage sind, ihre Anträge rechtzeitig einzubringen?

Zeuge Köhne: Jawohl. Die ordentlichen Generalversammlungen finden alle zwei Jahre statt und falls eine außerordentliche stattfinden muß, wird das den Velteten meist vor der offiziellen Festsetzung schon bekannt gemacht.

Verteidiger Dr. Serzfeld: Werden den „christlichen“ Velteten beim Stellen und Vertreten ihrer Anträge von den Verbandsältesten Schwierigkeiten gemacht?

Zeuge Köhne: Nein, im Gegenteil! Die Verbandsältesten unterstützen die „christlichen“ Velteten und stimmen ihren Anträgen zu!

Kamerad Wagner hatte gegen Klein Widerklage erhoben, weil dieser ihn in zwei öffentlichen Versammlungen in Sombrecht und Wattencheid maßlos beschimpft habe. Da die Klage der Zeugen veräußert war, wurde die Verhandlung unterbrochen und neuer Termin auf den 5. Februar angesetzt. In diesem zweiten Termin ließ sich jedoch nicht mehr einwandsfrei feststellen, wie die Schimpfereien gelautet haben, so daß die Widerklage mit — Kompensation endete.

Als Dr. Wallach das Wort zur Begründung der Anklage nahm, ersuchte der Vorsitzende ihn, in seinem Plädoyer zu präzisieren, was Klein denn nun eigentlich geschworen habe! Mit diesem Aninnenbekundete der Berichtsvorsitzende, daß das Gericht am Schluß der Beweisaufnahme noch nicht wußte, was Klein wirklich geschworen hat, und da das Plädoyer eines Anwalts doch unmöglich als Beweis gelten kann, waren wir wirklich sehr erstaunt, als nachher dasselbe Gericht erklärte, wir hätten den Wahrheitsbeweis nicht erbracht, Klein habe, das steht fest, nicht so geschworen, wie die Angeklagten behaupten. Die Angeklagten haben nie behauptet, daß Klein einen Meineid geschworen habe, sondern sie haben stets betont, wenn der Bericht im „Bergknappen“ auf Wahrheit beruht, dann hat Klein sogar einen wissenschaftlichen Meineid geschworen und daß wir damit völlig recht hätten, das hat Klein selbst bestätigt! Klein führte aus, der Bericht im „Bergknappen“ sei falsch, seine Zeugnisaussage sei unrichtig wiedergegeben und wenn er nicht auf Aufnahme einer Berichtigung bestanden habe, so nur deshalb, weil er nicht annehmen konnte, daß die Verbändler gläubig werden würden, er habe die Unwahrheit geschworen. Klein hat wiederholt, noch am Schluß der Verhandlung, betont, der „Bergknappe“ hat die Unwahrheit geschrieben, und derselbe Mann sagt dann, ich konnte nicht annehmen, die Verbändler würden glauben, ich hätte einen Meineid geschworen.“ Das heißt mit anderen Worten, Klein kann nicht annehmen, daß auch nur ein Bergmann noch glaubt, was der „Bergknappe“ schreibt! Wir sind davon überzeugt, daß Klein die Verlogenheit des „Bergknappen“ ebenso gut kennt, wie wir, leider gibt es immer noch Dumme, die „Bergknappen“ für wahr hinnehmen. Dr. Wallach nannte den Artikel im „Bergknappen“ „ungläublich“ und unwahr und meinte, wir hätten nun diesen „ungläublichen“ Artikel als gesundes Pressen benutzt, über den „ehrenhaften“ Klein herzufallen. Nichts hat uns ferner gelegen, als ein Ueberfall auf Klein. Wir haben nur bezweckt, den wider besseres Wissen erhobenen Vorwurf gegen unsere Velteten zurückzuweisen und das ist durch diese Verhandlung glänzend erreicht worden.

Das Gericht hat Leimpeters und Steinbüchel mit je 50 Mk., Wagner mit 70 Mk. bestrast, ein Urteil, das wir nach dieser Beweisführung nicht erwartet hatten. Es war auch nur möglich, weil das Gericht das Zeugnis des Herrn Kürup wegen seiner Widersprüche und seiner Unklarheit ausschaltete. Weil Kürup sich unter seinem Eid so unbestimmt ausdrückte, sich förmlich an der Wahrheit vorbeizuschwören, wußte, nahm das Gericht an, daß Klein nicht so geschworen habe, wie der „Bergknappe“ berichtet und verurteilte uns. Ob das Landgericht die Aussagen des Herrn „Keffen“ auch ausschaltete, werden wir noch sehen.

Betriebsergebnisse und Arbeiterverhältnisse auf dem Steintohlenwerk Obernkirchen.

In Nr. 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir gezeigt, welche unliebsamen Folgen die gewalttätige Niederknüttelung des Streiks im Jahre 1912 für das Werk wie für die Arbeiter im Gefolge hatte. Was früher trotz aller Maßregelungen, Schikanen und der elendesten Entlohnung nicht möglich war, nach dem Streik ist die Abwanderung vieler Bergarbeiter von hier nach anderen Revieren in Fluß gekommen und fortgesetzt wandern junge Leute aus. Das Sprichwort: „Der Appetit kommt mit dem Essen“, scheint auch auf die hiesigen Bergleute zuzutreffen. War früher der Gedanke der Schäftigkeit derart festgewurzelt, daß es nicht möglich war, jemandem zum Wegzug zu bewegen, so drang nach dem Streik das eiserne Maß viele dazu und jetzt ziehen sie freiwillig. Sehr viele der gewalttätigen aus ihrer Heimat hinausgetriebenen haben gelernt, daß überall Brot geboten wird, und das Bewußtsein, sich auf seine Arbeitskraft verlassen zu können, Professen überall ermöglicht. Diejenigen, die in Westfalen bei besserer Behandlung mehr verdienen, veranlassen ihre Verwandten und Freunde, ihre alte Heimat zu verlassen.

Eine Reihe Zuschriften von Schaumburg-Lippischen Kameraden aus Westfalen sind uns nach der Schilderung in der „Bergarbeiter-Zeitung“ zugegangen. Sie alle freuen sich, daß die Dinge so gekommen sind und betonen, daß sicher in Westfalen geschenkt würde, aber zehnmal besser als in Schaumburg-Lippe. Ist es doch, einen fleißigen Arbeiter lasse man dort nicht mit 3 Mark nach Hause gehen wie in Schaumburg-Lippe.

und man werde dort mit Höflichkeit und Achtung von den Beamten behandelt (??), wohnungen in Schaumburg-Lippe der Schmirnichel glaubte, die Bergarbeiter in jüdischer Weise beschimpfen zu können. Die Kameraden in Westfalen zufen in den Zuchthaus ihren Kameraden in Schaumburg-Lippe zu, mutvoll den Kampf weiter zu führen und wenn nötig, zu ihnen zu kommen, sie vertauschen damit eine Arbeitsstelle voller Unannehmlichkeiten mit einer leidlich menschlichen.

Table with 4 columns: im Jahre, die Arbeiterzahl, insgesamt, pro Arbeiter. Data for years 1909-1912.

Man sieht, die Belegschaftsziffer ist fortgesetzt heruntergegangen, die Gesamtförderung ist aber fast die gleiche geblieben, wohnungen naturgemäß die Förderung pro Arbeiter rapide in die Höhe gegangen ist. Noch stärker aber ist die Förderung gestiegen pro Kopf auf die unterirdisch beschäftigten Bergmann 255 T. Kohlen, im Jahre 1912 aber 278 T. Von nennenswerten Betriebsverbesserungen, die eine Steigerung der Arbeitsleistung rechtfertigen, kann nicht geredet werden. Das Bergbau selbst die Verichte nicht. Unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse (30 und 85 Zentimeter Kohlenstand) muß diese Steigerung der Arbeitsleistung als horrend bezeichnet werden.

Wie sehr die Antreiberei der Beamten und der Fleiß der Arbeiter dem Werke recht viel, den Arbeitern aber garnichts gebracht hat, das zeigt uns der Wert der Förderung und die Lebenslöhne des Werkes. Es betrug (in Mark):

Table with 4 columns: im Jahre, der Wert der Förderung, insgesamt, pro Arbeiter. Data for years 1908-1912.

Trotzdem also der Gesamtwert der Förderung gesunken ist, ist der Wert der Förderung pro Arbeiter gestiegen. Auch das beweist, wie sehr die Beamten die Arbeiter zu immer höherer Leistung angepöbeln haben. Geradezu auffällig ist die Steigerung des Ueberschusses. Der Gesamtüberschuss ist um annähernd, der Ueberschuss pro Arbeiter um mehr als 100 Prozent gegen 1908 gestiegen. Die Verminderung der Belegschaft, der Hinauswurf vieler alter Arbeiter, die schon 30 Jahre auf dem Werke arbeiteten und ihre Kräfte dort gelassen hatten, die Antreiberei der Arbeiter zu immer höherer Leistung und damit Verminderung der Produktionskosten haben dem Werke reichen Segen gebracht. Wie sieht es nun mit den Arbeitern? Ist ihr Lohn auch um 100 Prozent gestiegen? Darüber gibt nachstehende Tabelle Aufschluß. Es betrug:

Table with 4 columns: im Jahre, der Lohn pro Arbeiter, der Lohn pro Tonne Kohlen, Zahl der Schichten. Data for years 1909-1912.

Diese Tabelle ist äußerst lehrreich. Sie zeigt uns eindrucksvoll, daß die hiesigen Bergarbeiter auch heute noch mit den erbärmlichsten Löhnen, den niedrigsten im ganzen deutschen Bergbau, zufrieden sein müssen. Der Jahresdurchschnittslohn ist ja nun allerdings gestiegen, aber auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter, indem neben der Steigerung der Arbeitsleistung jeder Arbeiter im Jahre 1911: 16 und im Jahre 1912: 19 Schichten mehr arbeitete als in früheren Jahren. Auch dies zeigt uns klar und deutlich die Antreiberei der Beamten, das System, mit möglichst wenig Arbeitern eine hohe Förderung zu erzielen. Pro Schicht ist der Lohn der Arbeiter in der Zeit der schlimmsten Teuerung in vier Jahren um ganze 27 Pfennige gestiegen, wogegen man die enorme Steigerung des Ueberschusses beachtet. Betrachtet man dagegen den Lohn pro Tonne Kohlen, so erblickt man, daß der Lohn noch ganz erheblich gesunken ist. Dabei sind die Kohlenpreise von 12,05 auf 12,41 Mk. gestiegen. Also pro Tonne Kohlen 36 Pf. Mehreinnahme, dagegen 57 Pf. weniger Lohn!

Die Herren Kapitalisten und ihre Trabanten vertreten ja stets die Ansicht, daß das gute Gedeihen eines Werkes stets der Umsicht, Energie und geschäftlichen Tüchtigkeit der Arbeitsleitung zu danken sei und daß diese Faktoren es seien, die dem Arbeiter Brot und Lohn geben. An nachstehenden Tabellen wollen wir zeigen, wo die enormen Gewinne neben dem schon konstatierten Fleiße der Arbeiter hergekommen sind. Es wurden gegen das Jahr 1908

Table with 4 columns: im Jahre, Arbeiter weniger beschäftigt, pro Arbeiter Lohn spart, Mitteln gespeister Gesamtlohn. Data for years 1909-1912.

In derselben Weise hat auch das Werk mit der Verminderung der Belegschaft enorme Summen an Knappschafts- und Unfallbeiträgen weniger zu zahlen gehabt. Der Durchschnittsbeitrag von 900-1000 Mark entspricht in der 8. Klasse der Knappschaftskasse einem Monatsbeitrag von 5 Mark und der Unfallversicherung in der 4. Klasse einem Wochenbeitrag von 20 Pf. pro Arbeiter für das Werk. Das Werk sparte somit an Beiträgen:

Table with 4 columns: im Jahre, Knappschaftsbeiträge, Unfallbeiträge. Data for years 1909-1912.

Siehe auch ist klar ersichtlich, daß die enorme Gewinnsteigerung des Werkes lediglich auf Kosten der Arbeiter erzielt worden

ist. Hunderte von Arbeitern auf Straßenpflaster werfen, die anderen Arbeiter zu immer höherer Leistung anzureizen, dazu bedarf es wahrhaftig keiner geschäftlichen Tüchtigkeit und Umsicht, zumal man noch vom preussischen Landtag mit dem eigenartigen Mittel der Antreiberprämien ausgestattet wurde. Neben ihrem Gehalt erhielten in staatlichen Bergwerksbetrieben ein Steiger 240 Mk., ein Fahrlsteiger 250 Mk., ein Obersteiger 300 Mk., Antreiberprämie. Auch die Herren Direktoren und sonstige Oberbeamte erhielten insgesamt für ihre geschäftliche und unsichtige Tätigkeit 176 000 Mark.

Enorme Gewinnsteigerung für das Werk, winzige Lohnsteigerung für die Arbeiter, die nicht einmal die Teuerung ausgleicht und wofür das Besondere durch Steigerung der Arbeitsleistung wieder aus dem Arbeiter herausgeholt wird, das ist die Signatur des vorliegenden Berichts. Der Bericht räumt gründlich mit der Phrasie der sozialen Fürsorge seitens der staatlichen Werke auf. Für das Werk, den Fürsorgen von Schaumburg-Lippe und den preussischen Staat gilt die Parole: sie können zufrieden sein und weiter ausrufen: Gott schütze weiter so den Schaumburg-Lippischen Bergbau!

Eine Werkstätte aus dem Jahre 1912 wollen wir noch abtun. Als sich vor dem Streik 1912 der Arbeiterausschuß bemühte, wenigstens einen Groschen Lohnzulage zu erzielen, um den Streik zu verhindern, wurde ihm gesagt, das Werk könne das nicht, die Betriebsgebäude ließen das nicht zu. Und nun vergleicht man die Gewinnsteigerung in demselben Jahre um 100 Prozent!

Soziale Rechtspflege und Arbeiterversicherung. Menschliches Elend in Zahlen ausgedrückt.

Einen Vergleich der Unfallgefahren in den einzelnen Gewerbegruppen bringt das „Reichs-Arbeitsblatt“ in seiner Nummer 1 vom Januar d. J. Nach der Tabelle kommen auf 1000 Vollarbeiter Unfälle:

Table with 3 columns: Gewerbe, 1912, 1911. Lists various professions and their accident rates.

Die meisten Unfälle hat das Zuchtwerkgewerbe zu verzeichnen, doch sehen wir, daß hier die Zahl der Unfälle im Jahre 1912 wenigstens im Vergleich zu 1911 zurückging. In der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft liegt dagegen die Unfallziffer um 0,91 Prozent. Im Jahre 1912, einem Jahre der Hochkonjunktur, riesige Gewinne für die Kohlenbarone, mehr Unfälle für die Bergarbeiter! 121 517 Unfälle wurden im Jahre 1912 gemeldet, eine Zahl, die Hände spricht. Das Mühlengewerbe folgt der Bergarbeit auf dem Fuße und zeigen auch da die Unfallzahlen, die von 14,11 auf 14,85 pro 1000 Arbeiter stiegen, daß der Kapitalismus seinen Einzug gehalten hat, daß der Großbetrieb vorherrscht mit seinem Antreibesystem und den dadurch verursachten Unfällen. Es folgen dann die Steinbruch- und die Tiefbau-Versicherungsgesellschaft. Die wenigsten Unfälle haben zu verzeichnen die Deutsche Buchdrucker-Versicherungsgesellschaft mit 2,88 pro 1000 Arbeiter, die Bekleidungsindustrie-Versicherungsgesellschaft mit 1,80 und die Tabak-Versicherungsgesellschaft mit 0,53.

Aus unseren Rechtsbüros. Unfall nach der Schicht.

Der Bergmann J. K. zu Merlenbach erlitt am 4. Mai 1912 nach Beendigung seiner Schicht auf dem Terrain des Grubengeländes einen komplizierten Beinbruch. K. arbeitete über Tage. Um 10 1/2 Uhr abends hatte er Schicht. Er brachte sein Werkzeug in Gewahrsam, gab auf der Lampenbühne seine Lampe und bei der Marienthorle keine Kontrollnummer ab. Als er eben das Zedengebiet verlassen wollte, bemerkte er, daß er seine Jacke vergessen hatte und kehrte um. Auf dem Rückwege verunglückte er und wurde etwa zwei Stunden später ohnmächtig von Arbeitern aufgefunden. K. erhob Ansprüche auf Entschädigung, wurde aber von der Versicherungsgesellschaft mit der Begründung abgewiesen, daß ein Betriebsunfall nicht erwiesen sei, obwohl die Versicherungsgesellschaft keineswegs bestritt, daß K. auf Zedengebiet in bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde. Gegen den abweisenden Bescheid wurde darauf Verurteilung bei dem Ober-Versicherungsamt Klage eingeleitet. Auf Ersuchen der Bergarbeiter wurde daselbst ein Lokalkommissionar ernannt. Der Vertreter der Versicherungsgesellschaft meinte, Betriebsunfall liege auch deshalb nicht vor, weil Kläger unbestritten seine Schicht schon beendet gehabt hätte, das beweise die erfolgte Abgabe der Kontrollnummer. Daß K. dann wieder zur Arbeitsstelle zurückgegangen wäre, stelle lediglich ein persönliches Interesse seiner selbst dar; jedenfalls sei aber sicher, daß dieses nicht im Interesse des Betriebes gelegen haben könne. Das Ober-Versicherungsamt folgte sich diesen Gründen nicht an, sondern kam zu folgendem Urteil:

In der Unfallversicherungssache des Bergmanns K. wider Knappschafts-Versicherungsgesellschaft wegen Unfallentschädigung hat das Ober-Versicherungsamt in Weh in seiner öffentlichen Sitzung zu Merlenbach am 5. Juli 1912 für Recht erkannt: Die Verurteilung gegen den Bescheid der Beklagten vom 29. Januar 1912 wird als begründet anerkannt und die Beklagte verurteilt, in ein Rentenfeststellungsverfahren einzutreten. Nach den Feststellungen des Kaiserl. Bergmeisters, sowie auf Grund des Ergebnisses der Zeugenansagen und der Ortsbesichtigung des Kaiserlichen Amtsgerichts vom 24. Oktober 1912, sowie derjenigen des Kaiserl. Oberverwaltungsamts vom 5. Juli 1913 hat K. am Samstag um 10 Uhr abends Schicht gemacht. Da etwas länger gearbeitet wurde, hat er etwa 10 Minuten sein Handwerkzeug zurückgelassen, dann das Werkzeug nach dem Aufbewahrungsraum gebracht, die Lampe abgegeben und seine Karte abgezogen. Beim Gehen nach der Karte in den Taschen will Verlester bemerkt haben, daß er seine Jacke nicht anhaben, wobei ihm in Erinnerung gekommen sei, daß er die Jacke bei Punkt 1 des Planes, wo er Pögelhorne in einen Förderwagen geladen und dabei die Jacke abgelegt hätte, haben lassen sollte.

Daraufhin hat sich Verlester nach seiner Darstellung von Punkt 1 nach Punkt 2 des Planes begeben, dort die nötige Umkleitung vorgenommen und dann auf dem Rückweg bei Punkt 1 des Planes den Oberengel gebohren. Verlester behauptet, bemußlos gebohren zu sein und nicht zu wissen, wie lange er in diesem Zustande bei Punkt 1 geblieben habe. Der Unfall habe sich ereignet beim Ausweichen beim Gehen an der etwas aufwärts gebogenen Karte des als Uebergang über den in den Ortsbesichtigungsprotokollen beschriebenen Grubens dienenden Eisenblechs. Die Zeugen W. und Z. wollen um 11 1/2 Uhr abends ein Schreien in der Gegend der Unfallstelle gehört haben. Die Zeugen W. und Z. sind, ersterer etwa um 11 1/2 Uhr, letzterer um etwa 10 1/2 Uhr abends an der Unfallstelle vorbeigekommen und haben den K. nicht gefunden. Erst zwischen 12 1/2 und 13 Uhr nachts wurde K. durch die Zeugen Z. und W., die durch Pöfelhorne aufmerksam gemacht waren, entdeckt. Die Berufsgenossenschaft hat nun angenommen, daß das Vorliegen eines Betriebsunfalles nicht erwiesen sei, weil es völlig unaufrichtig ist, wo K. die Zeit von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr zugebracht habe. Jedenfalls hat K. um 10 1/2 Uhr abends durch Abgabe der Lampe und Karte den Zusammenhang mit dem Betriebe gelöst. Wenn er dann die Grubenanlage zur Ausführung einer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit nominal betreten habe, so sei das Vorkommen des Unfalles nicht als Betriebsunfall im geschäftlichen Sinne aufzufassen. Auch durch die von dem Oberverwaltungsamt vorgeschickte Ortsbesichtigung konnte eine völlige Klarheit darüber, wo K. sich in der Zeit von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr abends aufgehalten hat, nicht erbracht werden. Der Zeuge W., welcher eidlich bekundet hat, daß er die Unfallstelle um 10 1/2 Uhr abends passiert, den K. aber nicht bemerkt habe, ist inzwischen gestorben und konnte deshalb nicht noch einmal über alle Einzelheiten, besonders über die Beleuchtung der Unfallstelle in der kritischen Zeit, vernommen werden, was von besonderer Wichtigkeit gewesen wäre, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Unfallstelle wenigstens vorübergehend im Schatten lag.

Es steht nach allem zweifellos fest, daß K. im Bereich des Betriebes einen Unfall erlitten hat, und es ist durchaus glaubhaft, daß derselbe in der von K. geschilderten Weise vor sich gegangen ist, daß er am vergessene Arbeitskarte samt Meiermarken nach Hause brachte, die er am anderen Tage zu Betriebszwecken brauchte. Daß es sich hierbei lediglich um eine nicht versicherte eigenwirtschaftliche Tätigkeit gehandelt habe, vermochte das Oberverwaltungsamt nicht anzunehmen. (Den Ausführungen auf Seite 94 des Handbuchs für Unfallversicherung Band 1) folgend, wonach auch Unfälle, die den Versicherten nach Abschluß der Betriebsarbeit betreffen, sich unter Umständen nach Unfälle beim Betriebe darstellen können. In Anwendung dieser Grundsätze ist die Tätigkeit des Holens der vergessenen Jacke, verbunden mit dem Umkleiden, da sie innerhalb angemessener Zeit erfolgte, nach Ansicht des Oberverwaltungsamts zweifellos noch dem Betriebe zuzurechnen. Infolgedessen war die Verurteilung der Beklagten zur Anerkennung des Anspruchs auszusprechen, vorbehaltlich der Feststellung der Höhe der Verurteilung während der einzelnen Zeitperioden seiner Erwerbsunfähigkeit zu gewöhnlichen Mente.

Die Festsetzung der Rente ist nun erfolgt. K. erhält eine laufende Rente von 50 Prozent im Monatsbeitrag von 47 Mk., außerdem wurden ihm an rückständiger Rente der Betrag von 1170 Mark ausbezahlt. Ohne die Hilfe seiner Organisation wäre K. heute sicher an armer Teufel, der auf die Mühseligkeit seiner Mitmenschen angewiesen wäre. Darum muß es für jeden denkenden Arbeiter heißen: Ginein in die gewerkschaftliche Organisation!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat

hat die Förderung in Kohlen auf 80 Prozent, die Produktion in Zwickau auf 80 Prozent, in Kottbus auf 85 Prozent der Beteiligung herabgesetzt. Das bedeutet eine Einschränkung in Kohlen und Zwickau um 20 Prozent, in Kottbus sogar um 45 Prozent der Beteiligung. Wie bisher noch bei allen Wirtschaftskrisen, suchen sich auch jetzt die Beiden möglichst an den Löhnen der Bergarbeiter schadlos zu halten. Fast von allen Seiten werden uns Lohn- und Gehaltsbegrenzungen gemeldet, wodurch die Kaufkraft der Arbeiter selbstverständlich noch weiter geschwächt und die Krise verschärft wird. Durch die Preispolitik der Syndikate wird die Lebensproduktion gefördert. Statt aber auf eine Erhöhung der Löhne und damit der Kaufkraft zu nehmen, geht es um die Aufnahmefähigkeit des Marktes zu erhöhen, gestützt das Gegenteil. In allen Fällen aber sind die Arbeiter die Leidtragenden, da es die Beiden sehr gut verstehen, sich schadlos zu halten. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Kohlenyndikats haben das erhoffte Ergebnis noch nicht gebracht. Auch in der Bechenbesitzerversammlung am 31. Jan. ist es zu einer endgültigen Einigung nicht gekommen. Der endgültige Entwurf des neuen Syndikatsvertrages soll mit den beantragten Änderungen der nächsten Bechenbesitzerversammlung am 20. Februar zur Annahme vorgelegt werden. Wie die Entscheidung fallen wird, ist noch ungewiß. Selbst die „Rhein-Weiß. Ztg.“ warnt vor zu großem Optimismus. Das Blatt schreibt in seiner Nr. 145 vom 4. Februar u. a.:

Zimmerlin ist aus der langen Dauer der Verhandlungen und aus den Diskussionen über zahlreiche wichtige Punkte deutlich zu erkennen, daß es unter der Oberfläche doch noch stark brodelt. Dies geht unter anderem daraus hervor, daß einige der allerwichtigsten Bestimmungen nur mit kleinster Mehrheit genehmigt wurden. Eine geringe Veränderung könnte leicht das Gebäude ins Wanken bringen. Dieser Ansicht darf man sich nicht verschließen, womit nicht etwa gesagt sein soll, daß deshalb pessimistischer Auffassung Raum gegeben wäre. Derartige Bedenken sind schon deshalb am Platze, weil in der letzten Bechenbesitzerversammlung nicht alle Syndikatsmitglieder vertreten waren und die Abstimmung nicht, wie der Vertrag es vorschreibt, nach Stimmenzahl, sondern nach der Zahl der Anwesenden erfolgte. Aber mehrere der Syndikatsmitglieder und sogar einer der größten fehlte. Man muß hiernach noch immer auf Ueberänderungen gefaßt sein, wenn auch z. B. die Erklärung einzelner vor verschiedenen Bestimmungen, daß der Entwurf in dieser Form für sie unannehmbar sei, nach bekannten anderen Vorgängen nicht gar zu ernst zu nehmen ist; da wird sich schon vor der Unterzeichnung in jedem einzelnen Falle noch ein Ausweg finden. Der jetzt vorliegende Entwurf, welcher gegen den jetzt bekannt gegebenen durch die Beratungen in der jüngsten Bechenbesitzerversammlung noch zahlreiche Änderungen erfahren hat, wurde wieder einer Kommission überwiesen, die auch mit den Außerstehenden verhandelt wird. Es ist zu hoffen, daß die Kommission bei den Außerstehenden (auch beim Fiskus) das beste Verständnis findet, mit dem es in der jüngsten Bechenbesitzerversammlung gelungen ist, trotz ausgedehnter bedeutender Verschiebungen und Ungewissheiten zu dem erreichten Ergebnis zu kommen. Vor zu großem Optimismus muß jedoch gewarnt werden. Finden die großen Minoritäten in den kritischen Fragen bei der Weiterverhandlung die Oberhand, was immerhin passieren könnte, wenn es vor dem Abschluß des neuen Vertrags zu den allerletzten ernsthaften Verhandlungen kommt und jeder aus dem, was abgemacht ist, für sich die Bilanz zieht, so wird man aufs Neue zur Verfolgung der Differenzpunkte kommen müssen. Dessen ist sich jeder Beteiligten zweifellos auch bewußt. Alle Arbeit ist noch lange nicht erledigt und es kann noch nicht gesagt werden, daß die Entscheidung unbedingt im günstigen Sinne gefällt wurde, oder bis zum 15. Mai nach dem Entwurf zu erwarten ist.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Gegner über die Sozialdemokratie.

Der Pfarrer Dr. Nieborowski befaßt sich in der von ihm herausgegebenen Wochenchrift „Das katholische Deutschland“ (3. Februar 1914) mit dem Thema Sozialismus und Katholizismus. Pfarrer Dr. Nieborowski, der wegen seiner Gegnerschaft gegen die interkonfessionelle Baderichtung bekannt und ein extremer Ultramontane ist, rückt zunächst soweit wie möglich von der Sozialdemokratie ab und er schreibt, es würde ihm nie und nimmer einfallen, Bündnisse mit der Sozialisten zu schließen, wie es von der anderen Richtung im Zentrum geübt sei. Dann heißt es weiter: Aber dennoch müssen wir nach der Lektüre der maßgebender sozialistischen Blätter sagen, daß die konfessionellen Blätter und vor allem die Zentrumsblätter, die „Köln“ (d. h. der Pademerkung S. 102), abhängt, die Sozialisten in einer Weise behandelt, die nicht verdingen, und die sie für immer mit Abscheu vor der monarchischen Gesellschaftsordnung erfüllen muß. Durch diese Ueberhandlung gilt den meisten Katholiken jeder Sozialist von vorn herein als ein innerlich verkommenen Mensch, der an die Wahrheit seiner Ideen selbst nicht glaubt und nur aus moralischen Gründen wertigt sich zum Sozialismus bekennen. Besonders in der letzten Zeit schimpft und spökt „Köln“ auf den Sozialismus in lärmender Weise, um die Abneigung gegen ein positives katholisches Programm

und den Mangel eines solchen zu erleben, und gleichzeitig durch die Sammlung aller bürgerlichen Parteien einschließend der Arbeiter die Regierung zu empfangen. Das machen wir in dieser Weise nicht mit. Es steht für uns fest, daß hunderttausende erster und zwei zu nehmender sozialistischer Männer und Frauen aus reinem Idealismus dieser Idee anhängen, für sie schwere Opfer bringen, für sie leiden, weil sie glauben, dadurch wirklich der Menschheit zu nützen. Daß viel Ideales Streben unter den Sozialisten lebt, zeigen ihre starken Erfolge in der Arbeiterbewegung. Auch der Umstand, daß ständige zweifelhafte Angelegen in ihren maßgebenden Blättern kaum zu finden sind, dürfte zu beachten sein... Der Sozialismus ist nun einmal eine Gedächtnisfrage, eine Überzeugung hunderttausender verständiger und ernst zu nehmender Menschen — und mit jämmerlichem Hohn und Spott, wie es viele Zentrumsblätter ständig tun, wird man ihm kaum beikommen. Wer den Sozialismus und den Sozialisten nur mit Hohn und Spott, mit Haß und Verachtung behandelt, der arbeitet nur auf die Katastrophe hin..."

Barner A. sagt die von ihm gekennzeichneten Politiker an, daß sie die bürgerlichen Massen für den unvermeidlichen Kampf mit Haß und Fanatismus erfüllen wollen; eine Politik der Liebe und Mäßigkeit sei das nicht; man müsse das Obel in dem Streben der Sozialisten anerkennen und daran antippen. Barner A. verlangt Unmögliches. Von niemand wird das Gebot der Feindschaft so mit Füßen getreten, wie von den Merkmalen, und die Mäßigkeit ist bei ihnen gar Verworfenheit und Struppellosigkeit entartet. Wenn sie aber das Obel im Sozialismus anerkennen wollten (nichts will der Sozialismus überhaupt nicht), so müßten sie auf ihre gesamte Politik verzichten. Darum lägen sie jenes Obel in der von Barner A. hervorgerufenen gebrauchsmäßigen Weise um und suchen es ihrem abnungslosen Gefolge hinter wahren Wollen von Fälschungen und Verleumdungen zu verbergen.

Die größte Gewerkschaft der Welt.

Ueber die berufliche Zusammensetzung der größten Gewerkschaft der Welt, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, informiert folgende Zusammenstellung aus den Verzeichnissen des Verbandes:

Berufe	1901	1902
Drahtarbeiter	217	2 488
Dreher usw.	2 023	58 512
Elektromonteur	—	10 046
Feldhauer	1 188	2 848
Gärtner	380	8 810
Gelehrte und Maschinenisten	100	2 711
Hochöfen- und Hüttenarbeiter	—	2 390
Kupferhandwerker	117	750
Mechaniker	792	21 910
Metallbildner	229	2 703
Metallschleifer	—	14 002
Radearbeiter	—	740
Arbeiter in der optischen Industrie	—	1 701
Schläger	655	3 004
Schlosser	8 505	138 601
Werkzeugmacher	—	3 835
Feinmechaniker	—	1 523
Arbeiterinnen aller Art	380	27 876
Ringzieher	60	408
Formen, Gießereihilfsarbeiter	3 323	60 000
Goldarbeiter und Graveure	77	19 080
Stempeler und Installateure	3 028	35 000
Schmiede	1 056	42 243
Hilfsarbeiter usw.	1 800	105 280
Nichtmetallarbeiter	16	6 285

In diesen Zahlen spiegelt sich neben der einzigartigen Entwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch die technische und industrielle Entwicklung der deutschen Maschinen- und Metallindustrie wieder. Sie zeigen aber auch, daß das Prinzip des Industrieverbandes trotz aller schwebenden Schwierigkeiten in der deutschen Metallindustrie besonders riesenhafte Fortschritte macht.

Aus der „Christlichen Arbeiter-Internationale.“

Eine hübsche Schilderung des Daseinszweckes der „Christlichen“ oder Zentrums-Gewerkschaften, zu der jeder Kommentar überflüssig ist, enthält kürzlich der „Allgemeine Volksbote“, ein Zentrumsorgan in der bayerischen Oberpfalz, das wie folgt schrieb:
„Gründung von christlichen Gewerkschaften. Obwohl die Herren Sozialdemokraten immer meinen, die Fabrikherren von Pflanzenhammer hätten die Absicht, Gewerkschaften bloß zu sprenzen, ist es sehr richtig, daß diese Herren sogar selbst für und nicht gegen die Gewerkschaften sind. Der Herr Direktor von Pflanzenhammer läßt sogar selbst dazu, eine christliche Gewerkschaft zu gründen. Gunderschütz Arbeiter und Arbeiterinnen sind es bereits, welche sich dieser Gewerkschaft angeschlossen haben. Auch manche Mitarbeiter der roten Partei wird es dazu treiben, sich der christlichen Gewerkschaft anzuschließen, wenn er nicht haben will, für immer aus der Porzellanfabrik Pflanzenhammer ausgeschlossen zu bleiben. Soffentlich wird das Streikposten stehen jetzt bald aufhören. Es kann kein unbefangener Mensch auf die Straße gehen, ohne bei den Streikposten den Verdacht zu erregen, ein Arbeitswilliger zu sein. Die verächtlichen Blicke und schändlichen Bemerkungen können sich die Sogel erproben. Wenn das Beispiel des Herrn Direktors von Pflanzenhammer auch bei anderen Unternehmungen Nachahmung findet, dann wird es bald nicht mehr schwer sein, den Sozis wirksam entgegenzutreten.“

Internationale Rundschau.

Gewerkschaften und Einwanderung.

Von jeher ist von den in Amerika eingewanderten Gewerkschaften über die Schwierigkeiten geklagt worden, die ihnen bei dem Verzuge, auch in der neuen Heimat der Gewerkschaftsbewegung treu zu bleiben, gemacht werden. Erstlichweise aber meistlich die Zahl der Gewerkschaften, welche die alten schädlichen Schranken fallen lassen. Man erkennt immer mehr, daß es im Interesse der Gewerkschaft selbst liegt, besonders bei schon in der Heimat gewerkschaftlich geschulten Einwanderern auszuweichen. Die Leiter des Gewerkschaftsbundes und manche Zentralkörperschaften benutzen ihren Einfluß sehr eifrig, um in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. So hatte das New Yorker jüdische Gewerkschaftskomitee, dem fast eine Viertelmillion Mitglieder angehören, den ihm angeschlossenen Wäldergewerkschaften aufgetragen, entweder ihre drakonischen Bestimmungen betreffs Nichtzulassung neuer Mitglieder aufzuheben oder aber aus dem Komitee auszuschließen zu werden. Drei von den betreffenden Gewerkschaften kamen der Aufforderung nach, nicht aber drei weitere Gruppen, deren Ausschluß bewirkt wurde ebenfalls beantragt. In diesem wie in manchen anderen Fällen handelt es sich sogar selber um Arbeiter, die selbst zu den Eingewanderten zählen und die jede weitere Zuwanderung nur verhindern möchten. Auch sie werden noch lernen müssen, daß sie sich auf diese Weise nur eine Arbeitswilligenfähr wider Willen züchten und daß sie mit den Arbeiterorganisationen der Auswanderungsländer in engere Verbindung treten müssen, um dort, an der Quelle, die Massenflucht der Arbeiter durch bessere Verhältnisse bekämpfen zu helfen.

In diesem Sinne hat auch der sieben stattgefundenen Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes den Beschluß gefaßt, seine Exekutivkommission zu beauftragen, in der Einwanderungsfrage mit den europäischen Gewerkschaften gemeinsame Schritte einzuleiten. Ferner nahm er gegen 5 Stimmen die nachstehende Resolution an:

„Beschlossen, daß wir strenge Durchführung aller bestehenden Einwanderungsregeln verlangen, ferner, daß die Bestimmungen der gegenwärtigen Chinesenausschließungsakte so ausgedehnt werden, daß sie auf alle Arten Anwendung finden, daß eine eine Bildungsprüfung beizubehalten, unter der Einwanderer nachzuweisen haben, daß sie die Sprache des Landes, von dem sie kommen, oder irgend eine Sprache lesen und schreiben können, daß wir den Kongreß dringend auffordern, Bewilligungen zu machen für den Bau geeigneter Einwanderungsstationen und Detentionsgruppen an der Pazifikküste, um vorbereitet zu sein, die Einwanderer zu kontrollieren, die via Panamakanal zu erwarten sind, daß der Exekutivrat der „American Federation of Labor“ die Aufmerksamkeit der Schaffung eines Einwanderungsdepartements und die Ernennung eines Vizepräsidenten oder Korrespondenten erwägen soll, welche letzterer Korrespondenz mit europäischen Arbeiter- und anderen Zeitungen führen soll, um die genaue Lage der Arbeiter aller Nationalitäten aller Industrien der Vereinigten Staaten bekanntzumachen und daß der Exekutivrat Anstrengungen mache, der Einwanderung an ihrer

Quelle Einheit zu gebieten durch Entsendung von Vertretern nach solchen europäischen Ländern, wo es notwendig scheint mag und wo andere Methoden solche Resultate nicht zeitigen, um den Bemühungen derjenigen entgegenzutreten, welche die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten fördern.“

Besonders interessant ist dabei, daß hervorragende Sozialisten zu den härtesten Befürwortern dieser Resolution gehörten. Sie unterstützten dadurch die Argumentation des Sekretärs des Gewerkschaftsbundes, Morrison, der wiederholt erklärte, es sei für die in unabhängigen Ländern Europas lebenden unglücklichen Arbeiter besser, wenn sie gezwungen würden, zu Hause zu bleiben. Um so schneller würden sie dann eine Aenderung der Verhältnisse in ihrer Heimat herbeiführen. Diese Ausführungen bildeten auch den Grundton der Verhandlungen einer gewerkschaftlichen „Einwanderungskonferenz“, die ebenfalls in Seattle, und zwar kurz vor dem Gewerkschaftskongreß, tagte. Allerdings tauchten auch auf dieser Konferenz wieder übertriebene Alarmgedanken auf. So wußte ein Delegierter zu erzählen, daß in Europa schon 125 000 Wälder nach Seattle und Vorland allein, davon nicht weniger wie 40 000 in Holland, verkauft seien und daß in ganz Europa Fahrten nach den Westküsten — via Panamakanal — auf Abzählung vertrieben würden. Auf einen ähnlichen Schwund fiel um dieselbe Zeit sogar die sozialistische Presse der Vereinigten Staaten herein, die lange Berichte aus Majorboulon brachte, wonach 50 000 Kretscharen, lauter verwegene Gesellen, auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten seien, da sie in der Heimat, nachdem die Argee beendet sind, ihr Brigantentum nicht mehr fortsetzen könnten.

Zweifellos haben die Gewerkschaften die Verpflichtung, die infolge jahrelanger Organisationsarbeit geschaffenen Arbeitsbedingungen auch gegen Verschlechterungen durch den Massenimport anspruchsvoller Ausländer zu schützen und daher sind ihre mit der Eröffnung des Panamakanals verbundenen Befürchtungen sehr wohl verständlich. Uebrigens dürfte die Einwanderungsfrage auch für manche europäische Gewerkschaften in den nächsten Jahren eine stets größere Bedeutung erlangen. In Deutschland z. B. betrug die Zahl der mit Hilfe der Regierung im letzten Jahre ins Land geholten ausländischen Arbeiter fast eine Million! Wenn auch die meisten von ihnen nach Schluß der Saison wieder in die Heimat zurückkehren, so bedeuten sie vor allen Dingen für die landwirtschaftlichen sowie für die untergeleiteten Industriearbeiter eine große Gefahr. Auch in Dänemark und Oesterreich klagen einige Gewerkschaften schon sehr über die künstlich geförderte Einwanderung aus dem Osten. Und erst vor einigen Tagen forderte die „Humanität“, das Organ der französischen Sozialisten, zum Protest gegen die Masseneinfuhr chinesischer Arbeiter auf! Nicht weniger wie 500 Chinesen sind kürzlich in Marseille angekommen. Sie sind für die Arbeit in den Weinbergen engagiert, wo die französischen Arbeiter in den letzten Jahren durch beträchtliche Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgehenden konnten. Können soll der Gewerkschaftler denken, daß Chinesen ausgerechnet werden, nachdem die zum gleichen Zwecke bisher importierten Italiener versagen. Ähnliches ist in Nordfrankreich zu beobachten, wo die Eisen- und Kohlenarbeiter besonders russische Arbeiter in großer Zahl einführen. Die Gewerkschaften der Arbeiter wenden sich auch gegen diese unzulässige Kontingente mit aller Entschiedenheit.

Was übrigens der milden und äußerst schädlichen Einwanderung am besten gesteuert werden kann, das achten zwei Konferenzen, die kürzlich in Basel (Schweiz) und in Mailand (Italien) stattfanden.

In Basel tagte eine Konferenz der Vertreter der Bauarbeiterverbände in Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich und in der Schweiz. Die Bauarbeiter dieser Länder haben von jeher stark unter der Zuwanderung der Italiener gelitten. Die italienische Zuwanderung nach diesen Ländern betrug in den letzten Jahren:

	1906	1909	1910	1911	1912
Deutschland	59 000	68 000	83 000	64 000	75 000
Frankreich	17 000	56 000	60 000	63 000	74 000
Oesterreich-Ungarn	38 000	80 000	38 000	35 000	41 000
Schweiz	?	?	?	60 000	89 000

Die unorganisierten, der Landessprache unfähigen Italiener werden natürlich von den Unternehmern gerne als Arbeitskräfte und Lohnbrüder verwendet. Um das zu verhindern, entließ sich der Deutsche Bauarbeiterverband schon im Jahre 1902, die Kosten einer alljährlich im Winter in Italien abzuhaltenen Agitation zu tragen. Es wurden alle Winter italienisch sprechende Agitatoren in die Heimat, d. h. in den Frühjahrs auswandernden Bauarbeiter geschickt, welche Versammlungen abhielten und ihnen das fluchwürdige des Streikbuchs vor Augen hielten und sie zur Solidarität im Sommer in der Fremde aufforderten. Diesem Beispiele folgten später auch andere Organisationen und es ist ihnen schon gelungen, den Streikbruch der Italiener etwas einzudämmen. Nur war es bisher meist unmöglich, sie zur Organisation heranzuziehen. Die Konferenz war der Ansicht, daß der jetzige Zustand nicht fortauern dürfe. Sie beschloß die Einführung einer Statistik in allen Staaten. Mit der Statistik soll zugleich im Frühjahr begonnen werden und zwar in der Weise, daß in jenen Orten, wo wandernde Italiener beschäftigt werden, festgesetzt wird, ob sie billiger arbeiten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt verbessern, wenn ja, in welcher Beziehung. Ferner soll genau festgestellt werden, wo die Leute beheimatet sind, ihre Namen zc.

Eine derartige Statistik soll mit beginnendem Frühjahr überall eingeführt und den ganzen Sommer über durchgeführt werden. Das Material ist im Herbst einzufassen, damit die Verbände jedes Staates es verarbeiten können, um es dann im Winter bei der Agitation den Auswanderern in ihrer Heimat vorzuhalten. Man glaubt, daß die öffentliche Meinung auf die Schädlinge soviel einwirkt, daß sie in Zukunft anständiger werden.

Mit ähnlichen Fragen beschäftigt sich ein Emigrationskongreß in Mailand, an dem Vertreter der 37 bestehenden permanenten Emigrationssekretariate Italiens wie auch einiger an der Emigration interessierter Gewerkschaftsverbände des Auslandes, so von Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, teilnahmen. Ferner war eine Abordnung des italienischen Ministeriums regte an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Oberleitung genannter Emigrationssekretariate liegt in den Händen der philanthropischen Gesellschaft „Immanitaria“. Nebst den 37 permanenten Sekretariaten im Inland werden von der „Immanitaria“ im Auslande noch viele Institutionen finanziell subventioniert, um deren Hilfe in der Regelung der Emigration der Italiener zu sichern. Längere Debatten entstanden über die bevorstehende Winteragitation unter den Emigranten, die nun nach Hause zurückgekehrt sind. Es wurde dabei das Verhalten der italienischen Arbeiter im Auslande angesprochen. In diesem Winter werden für Agitation 200 Verammlungen mit Referaten abgehalten. Daran beteiligen sich 15 Agitatoren, die teils vom Auslande nach Italien kommen. Die Agitation begann am 4. Januar 1913 und haben die Emigrationsbeamten in Italien die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Denn trotzdem für das laufende Jahr die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern keine bessere sein dürfte als im vergangenen Jahre, so sind doch alle Ansichten dafür da, daß die Emigration nicht kleiner, sondern bedeutend größer sein wird, denn auch Italien leidet unter einer harten Krise.

Daher verwenden die fortschrittlichen Gewerkschaften der europäischen Länder gerne Kraft und Mittel, um den Arbeitern der unabhängigen Länder zu einer guten Organisation und damit zu besseren Verhältnissen in der Heimat zu verhelfen. Je eher und je energischer sich auch die amerikanischen Gewerkschaften hieran wie überhaupt an den internationalen Verbindungen der Gewerkschaften beteiligen, um so größer wird auch bei ihnen der Erfolg in der Bekämpfung der milden Einwanderung bezw. des Massenimportes von Arbeitswilligen sein.

Von der dänischen Arbeitslosenversicherung.

Der Bericht des staatlichen Arbeitsloseninpektors für das Geschäftsjahr 1912/13 ist kürzlich erschienen. Nach diesem Bericht waren am 31. März 1912: 53 Arbeitsloseninpektoren mit 11 187 Mitgliedern offiziell anerkannt. Am gleichen Datum 1913 betrug die Zahl der anerkannten Klassen 55 mit 120 289 Mitgliedern, darunter 12 852 weibliche Mitglieder. Die Jahresbeiträge der Klassen betrug 2 692 431 Kronen, darunter 822 535 Kr. Staatszuschuß und 374 114 Kr. Gemeindezuschüsse für das vorhergehende Geschäftsjahr. Von je 100 Kronen Einnahme der Klassen entfallen auf die Mitgliederbeiträge 52,4 Kr., auf Staatszuschuß 32,7 Kr., auf Gemeindezuschüsse 14,9 Kr. Die Ausgaben beliefen sich auf 1 885 786 Kr., darunter an Zagegebühren 1 551 341 Kronen, Reiseunterstützung 40 112 Kr., Weihnachtsgeld 33 211 Kronen, Unterhaltung 21 171 Kr., 25-11 Kr. Unterstützung in Materialen, 240 410 Kr. Verwaltungsausgaben usw. Die Verwaltungsausgaben betragen 4 Prozent der Einnahmen. Das Vermögen der Klassen liegt auf 15 831 Kr. auf 2 382 411 Kr. Interessant ist eine Aufstellung der Finanzverwaltung der anerkannten Klassen in der fünfjährigen Dauer des Gesetzes. Das Gesetz trat am 1. August 1907 in Kraft; als damals die Gewerkschaften ihre Arbeitslosenlisten den

Gesetz anpahlen und auf eigene Hände stellten, erhielten die Klassen von ihren respektiven Organisationsstellen einen Anwesenheitsnachweis von 200 bis 300 Kronen ausbezahlt. In der fünfjährigen Periode 1908/13 haben die Mitglieder 1 187 097 Kr. eingebracht, der Staat leistete einen Zuschuß von 8 000 087, die Gemeinden einen solchen von 1 800 800 Kr. Die Einnahmen an Zinsen usw. beliefen sich auf 208 040 Kr. Insgesamt 11 181 440 Kr. Die Ausgaben für Unterhaltungen betragen 7 538 812 Kronen und für die Verwaltung 872 255 Kr.

Die Entwicklung dieser auf der prinzipiellen Grundlage des Genetiv-Einlands aufgebauten Arbeitslosenversicherung ist demnach eine glänzende zu nennen, denn bereits nach fünfjähriger Dauer sind fast alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes gegen Arbeitslosigkeit auf Grund des Gesetzes versichert. Auch solche Fabrikbetriebe, die ohne den staatlichen Zuschuß gar nicht hätten daran denken können, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für ihre Mitglieder einzuführen, sind durch das Gesetz in den Stand gesetzt worden, dieses Problem zu lösen.

Knappschäftliches.

Die Knappschäftswahlen.

Haben im Bezirk Hamm mit einem glänzenden Erfolge des Gewerkschaftsverbandes geendet. Den Vorkämpfer Sprengel hatten wir mit 307 gegen 88 gelbe Stimmen; D o d u m hatten wir mit 100 gegen 148 Stimmen der „Christlichen“, die einen Besonderen Kandidaten mit auf den Stimmzettel nahmen in der Meinung, daß das konventionelle Wahlrecht zwischen dem Wälder und dem Wälder unvollständig sein müsse. Der Sprengel D o d u m brachte uns 110 Stimmen, fiel aber an die gelben Werkvereiner, die 117 Stimmen erhielten. Sie werden aber keine große Freude an diesem „Sieg“ haben, da die Wahl ohne Zweifel für ungültig erklärt wird. Der als Wahlprüfstein fungierende Betriebsführer ließ sich so grobe Verleumdungen gegen die Wahlordnung aufhören kommen und martierte so sehr den gelben Parteimännern, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß seine Praktiken vom Knappschäftsvorstand gebilligt werden könnten. Von einer geheime Wahl konnte in Preußen gar nicht geredet werden. Die Stimmzettel waren aus dünnem Papier, das die Namen stellt durchscheinen ließ. Infolgedessen war es dem Betriebsführer möglich, jeden Wähler zu kontrollieren, zumal er jeden Stimmzettel selbst entgegennahm und nach eingehender Prüfung in die Urne legte. Daß schließlich mit allen Mitteln des Terrors und der Einschüchterung gearbeitet wurde, versteht sich bei den gelben Edelknappen von selbst. Es ist geradezu unverständlich, daß ein Mann von solch ausgesprochenem Parteilichkeit und Verfolgungssucht zum Wahlprüfstein ernannt wird. Gelehrten eignen sich nicht zum Wahlprüfstein. Durch die Kontrollmöglichkeit wurden sehr viele furchtsame Naturen eingeschüchtert, die um des lieben Brotes willen gegen ihre bessere Überzeugung stimmen zu müssen glaubten. Daß der Betriebsführer trotz des Protestes der anwesenden Verbändler den Wahlvorstand ausschließlich aus seinen gelben Handlangern besetzte und sogar den Vorkämpfer unserer Kameraden, trotz seiner Wahlberechtigung, aus dem Wahllokal verweisen wollte, sei nur nebenbei bemerkt.

In Madoob kam der „christliche“ Gewerkschaftsverein zwei Tage vor der Wahl mit einem Flugblätchen heraus, das in Bezug auf Verlogenheit nicht mehr überboten werden kann. Von seinen Kandidaten war der eine als Angehöriger des gelben „Vereins treuer Wagen“ offizieller Besondere Kandidat. Der in Madoob numerisch ohnmächtige Gewerkschaft gab für die noch verbliebenen gelben Streikbrecher das Demomantelchen ab, mit dem Nebengedanken, mit Hilfe der Gelben einen Sieg zu erschleichen, der gegen die Haltung der Verbändlertreuen in der Knappschäftskongressform ausgeschaltet werden sollte. Der gute Wille der Schwarzgelben reichte aber nicht aus. Angesichts der Verhängung der „Christlichen“ mit den Gelben auf Madoob braucht man nicht daran zu zweifeln, daß die „Christlichen“ auch in anderen Sprengeln geschlossen für die Gelben stimmten.

Unsere Kameraden haben in allen Sprengeln brav gearbeitet. Sie brauchen sich ihre Siegesfreude auch nicht trüben zu lassen durch die vorübergehende Erscheinung eines gelben Erfolgs.

Die „Christlichen“ kamen, haben und — fielen um.

Durch die „schwächliche Konstitution“ der „Christlichen“ Vorkämpfer im Saarbrücker Knappschäftsbereich hatte die Generalversammlung desselben am 15. November ein für die Arbeiter trauriges Ende genommen. Geschwächt wie ihre Organisation, der „Christliche“ Gewerkschaft, fielen die Herren Gild & Co. um und brachten dadurch eine Verschlechterung ins Stalut, durch welche Tausende von Saarbergleuten bei Krankezeit 45 Pf. weniger Krankengeld erhalten. Weil sie bei Mutter nicht gefühllos hatten und ihnen der Magen inkurie wie einwilder Verberläme, sorgten sie dafür, daß auch andere Leute Hunger leiden müssen, indem sie für Herabsetzung der Krankengeldsätze von 2,80 Mk. pro Tag auf 1,85 Mk. stimmten. Nach Schluß der Generalversammlung, als ein paar Käsebäcker und bayerische Leberwürste versucht waren, kam die Courage gegen die Werkvereiner wieder, zugleich aber auch eine Herzbelämmung, wie sie ihren Umfall vor ihren Mandatgebern, den Saarbergleuten, rechtfertigen sollten. In ihrer Not kam ihnen der „christliche“ Funkenhahn zu Hilfe, der ihnen versprach, sie herauszuholen. Kurze Zeit darauf beschloßen sie, das alte preussische Wort „Ad demitieren mir“ auf sich anzuwenden. Sie ließen sich zu Konferenzen einladen, wo sie gegen ihre eigenen Beschlüsse Protest erhoben. Sie beantragten zur Umkehr ihrer Abstimmung, die für die Arbeiter Verschlechterungen bringt, eine neue Generalversammlung, um dort Gründe ins Feld zu führen, daß es eine Schande sei, umzufallen, und eine Dummheit, wenn man als „christlicher“ Vorkämpfer nicht weiß, daß 1,85 Mk. weniger wie 2,40 Mk. sind und nicht bloß Unfallkosten, sondern Tausende von Saarbergleuten durch ihre Abstimmung geschädigt seien.

Die neue Generalversammlung hat nun am 31. Januar stattgefunden. Die „Christlichen“ Vorkämpfer erklärten dort dem Sinne nach, daß sie am 15. November nicht als Vertreter der Arbeiter taugten, daß sie die „Christliche“ Unfallkrankheit befallen habe, doch heute seien sie im Schweinscharenhand gewesen, seien gesättigt und stark, stünden somit fest auf ihren Beinen.

K e l s e r von D i e r s d a e d eröffnete den Angriff, er wies auf die fahnen Gewinne — nämlich über 17 Millionen Mark — hin, die der Fiskus im Saargebiet macht, als wenn am 15. November nicht auch schon Gewinne dagewesen seien. Verständnisvolles Ortnen der Werkvereiner begleitete seine Ausführungen.

H i l b, der Saarwälder Tapsere, blamierte aber erst die ganze Junft der „Christlichen“ Vorkämpfer, als er ausführte, diese Vorkämpfer seien sich am 15. November über die Tragweite der neuen Satzung nicht klar gewesen. Sie hätten durchaus nicht übersehen, daß außer Unfallrentnern auch noch viele andere Leute (Zagearbeiter usw.) geschädigt worden seien und diese Leute gäben jetzt im Revier überakt ihrer Unzufriedenheit kund. Dank aber fränke es auch vorzommen, daß Kostenhauser durch die Satzung geschädigt würden. Alle diese behaupteten Tatsachen, geschaffen durch die Generalversammlung vom 15. November 1913, wären damals den Vorkämpfern nicht klar gewesen.

H i l b bejammert also den „Christlichen“ Vorkämpfer, daß sie ihren Voten nicht richtig ausfüllen können, indem sie sich über die neuen Satzungen nicht klar worden, trotzdem ein halbes Duzend „Christlicher“ Sekretäre vor der Generalversammlung versuchte, ihnen „Klarheit und Wahrheit“ einzuschütten. Oder würden sie durch diese Rede erst recht konfus? Dann verdienten jene den Namen „Unfähigkeit-christliche Konfusionsräte“.

H i l b sagte auch ohne Scheu und mit echt „christlicher“ Warmherzigkeit, daß sie vorher schon übersehen, daß die Unfallrentner durch die Verschlechterung getroffen seien. An diesem lag aber der Herren „Christen“ nichts, bis dann auch die anderen Betroffenen Sprachschlagen und dem Werkvereiner Ballet sagten, da wurde es den Unzufriedenen erst klar, welche Dummheiten sie gemacht hatten.

Dann gerieten sich die beiden Richtungen — Berlin und W. Gladbach — in die Saare, weil der Vorkämpfer K i e s e r, ein Jagdbatteiler, erklärte, den Gewerkschaftsbereitschaften ginge es nicht um die Verbesserung der Krankentöne, sondern sie ließen sich von unklarerer Weibern leiten. Die Werkvereiner nahmen dies verständnislos auf und dachten dabei an den Ausspruch Donna Mantas: „Doch es will mich schier bekümmern...“

Nachdem so die „Christlichen“ alle ihre Dummheiten ausgekramt hatten, wurde abgestimmt; die Abstimmung ergab, daß alles beim alten bleibt.

Die Saarbergleute sind nun gerade so weit wie am 15. November und können sie sich bei ihren „Christlichen“ Vorkämpfern für deren Umfall bedanken.
Der „Christliche“ Gewerkschaftsverein aber an dieser Blamage noch nicht genug zu haben, denn die „Saarpost“ vom 30. Januar bringt einen Artikel aus dem Lager des Streikbrechervereins, in dem es am Schluß heißt:

„Heillichen“ Führer nicht die geringste Veranlassung hätten, irgend etwas zu tun.

Zukunfts gibt alsdann die „Allniedliche Volkszeitung“ eine Neu- rung der „Frankfurter Zeitung“ wieder, wonach es Graf Oppersdorff und seine Anhänger hauptsächlich auf die Vernichtung des Volkspareils in W. Ghaback und die Verurteilung der gesamten „Allniedlichen Richtung“ durch die oberste Reichliche Justanz abgesehen hätten, und fährt dann fort:

„Diese Situation werden unseres Erachtens die deutschen Katho- liken und auch die Mitglieder der Zentrumspartei als solche erneut ins Auge fassen müssen. Was jetzt noch zu geschehen hat, braucht sich bei Einzelheiten nicht aufzuhalten, sondern kann und muß auf das Ganze gesehen.“

Wie die Straten sich zum Pressen Heben, schreibt die „Westfälische Rundschau“, Nr. 23 vom 6. Februar:

„Waffen Aufreiter Herrschaft im katholischen Lager. Der Brief des Kardinals Kropp an den Grafen Oppersdorff hat alle Waunde (sommer Schen gekündigt und nicht der Welt fogar das unerschützte Schauspiel des erbitterten Krieges zweier Bischöfe. Alle niedrigen Anstalten werden aufgeführt, aus den Augen der Kampfen den Lob der Gabe, jedes Wort atmet Wut und Nachsicht, jeder nicht auf den anderen mit Dolch und Revolver losgehen. Von der höheren Sicht des Christentums ist keine Spur mehr zu finden.

Wo bleibt der Geist der Liebe und der Gerechtigkeit, die Wärme gemeinsamen Zusammenstehens in allen diesen lebensschafflichen persönlichen Auseinandersetzungen, wie sie in vielen Zentrumsklättern un- jährige Spalten füllten?“

Monats-Abrechnung.

Für den Monat Dezember 1913 hatten bei der Hauptkassa folgende Zahlstellen und Bezirke abgerechnet:

Bezirk Sam m: Afferde 48,00, Altenböge 816,50, Bismarck 160,20, Bönen 118,80, Bodum-Hövel 1096,50, Hamm 288,-- , Hamm- Wöde 107,50, Heringen 801,-- , Kamen I 445,60, Kamen II 1068,-- , Kamen III 122,00, Königsborn 807,40, Kaiserort 878,60, Lünen 128,-- , Markt 512,87, Massenerheide 120,50, Meißner 68,30, Mühlhausen 48,10, Massen I 170,50, Massen II 100,80, Uuna 457,70, Werne a. L. 812,30, Wiefcherhöfen 181,50 Mf. — Für Jan u ar: Sam m 281,50, Heeren 150,-- , Wiefcherhöfen 417,10, Kamen II 1059,20 Mf.

Bezirk Lünen: Weidingshausen 88,50, Wort 18,-- , Rantrop-Port- nior 648,20, Lünen-Süd 648,50, Lünen-Stadt 270,00, Rüdingshausen (Oktober, November, Dezember) 59,46, Niederaden 81,80, Nordlünen 11,60, Lisen 5,-- , Diverge Einnahme 21 Mf. — Für Jan u ar: Weidingshausen 98,80, Lünen-Süd 892,80 Mf.

Bezirk Dortmund: Affel 226,50, Brackel 317,-- , Brambauer I 593,90, Wredten 394,-- , Derne 269,40, Dortmund I 2677,80, Dort- mund II 526,70, Dortmund III 745,90, Dortmund IV 198,60, Dort- mund V 88,40, Eving I 241,70, Eving II 514,05, Eving III 406,30, Gudarde 79,-- , Götterde 84,50, Kirchberne 287,20, Lindenhorst 161,00, Marten 618,40, Weipfel II 180,10, Nahm 138,-- , Schornhorst 428,20, Wambel 66,70, Weide 157,70 Mf. — Für Jan u ar: Deufe: 203,20, Brambauer II 407,50, Gredel 66,-- , Affel 217,80, Brambauer I 643,40, Delpel I 505,50 Mf.

Bezirk Cassel: Wobesingh 98,50, Cassel I 94,50, Cassel II 109,60, Cassel III 29,-- , Weininghausen 148,10, Frohlinde 57,50, Gropenriede 107,70, Goltshausen-Wernig 358,70, Gubinhorst 87,-- , Serne III 100,40, Gern 322,85, Kirchlinde 264,70, Wittgenortmann 1394,00, Wengebe 802,40, Wette 60,50, Obercastrup 174,70, Maurer- Schmerin 179,70, Sobingen 183,20, Weidrich 232,-- Mf. — Für Sa- n u ar: Goltshausen 108,80, Wengebe 565,20, Kirchlinde 262,10 Mf.

Bezirk Eichlinghofen: Annen I 878,90, Auf dem Sänee 356,50, Aplerbeck 309,70, Aplerbeckmarkt 425,70, Benninghofen 212,40, Brünninghausen 210,30, Baroy 626,50, Wietmar 103,70, Bergshofen 566,50, Eichholz 508,50, Ende 152,50, Hörde 246,10, Gengen 210,50, Gohlfeld 110,50, Gohlfeld 304,60, Götthagen I 805,80, Götthagen II 61,80, Götthagen 61,10, Götthagen 214,80, Kirchhörde 417,10, Krudel 274,90, Kückenberg 406,70, Menglinghausen 76,50, Rüdingshausen 147,50, Sonnenberg 184,65 (4,25), Solde 228,76, Stodum 592,80, Säuren 284,30, Schanze 133,40, Schwerterheide 76,00, Wallinghofen 158,70 Mf.

Bezirk Linden: Baakerberg 65,-- , Blantenstein 26,70, Bommern 430,70, Bredenscheid 139,80, Dahlinghausen I 268,30, Dahlinghausen-Görfer- hof 127,60, Geborn 210,50, Götthagen 380,45, Götthagen 168,80, Golen 173,10, Gerbe 91,-- , Götthagen 42,40, Götthagen 208,40, Götthagen 164,20, Linden 378,80, Oihof 118,-- , Siltshede 218,10, Stiepel I 182,60, Stiepel II 148,40, Wormholz-Zurchof 411,00, Weimar I 104,-- , Wengern 88,20, Wefcherheide 86,80 (5,50), Wina-Baaf 148,40, Witten 470,70 Mf. — Für Jan u ar: Witten 594,30, Dah- linghausen II 259,20, Linden 474,80, Nieder-Sprockhövel 458,90, Ober- Sprockhövel 506,10 Mf.

Bezirk Bochum: Alfenbodum 165,-- , Bochum I 138,-- , Bochum II 361,70, Bochum III 181,85 (1,25), Bochum IV 294,60, Bochum V 109,70, Bochum VI 88,00, Bochum VII 222,40, Bochum VIII 183,30, Bochum IX 188,20, Bergen 115,80, Eppendorf 204,-- , Giltrop-Gertke 141,40, Halexhardt 204,50, Hich 93,80, Naer 738,10, Langendreer I 812,20, Langendreer II 664,90, Querenburg 204,50, Nieme 309,60, Somborn 207,30, Werne bei Langendreer 1185,20, Weimar II 152,90 Mf. — Für Jan u ar: Langendreer II 698,70 (8,--), Garpen 577,30 Mf.

Bezirk Redlinghausen: Datteln 805,-- , Ditteln 62,30, Dre- mer 139,05, Dülmen 27,50, Derten 665,-- , Henrichsburg 68,50, Hoch- lar 63,40, Sochlarmer 190,80, Langenbochum 84,50, Marl 477,30, Redlinghofen 116,-- , Redlinghausen 753,70, Redlinghausen-Süd I 243,20, Redlinghausen-Süd II 142,10, Rüdlinghausen 70,20, Sünjen 86,80, Steinerkreuz-Dremer 43,40, Studienbusch 58,10, Scherlebeck 190,23, Wattrup 78,40 Mf.

Bezirk Wotrop: Vuor 772,50, Wutendorf 361,80, Wülfe 248,20, Wraud 569,20, Wotrop I 650,40, Wotrop II 186,50, Wetzhausen 278,80, Erle 360,10, Eigen 622,80 (2,50), Ghabed I 524,40, Ghabed II 475,20, Hordelmarkt 478,00, Hordel-Güter 146,-- , Herbest-Dorfen 260,30, Gaffel 616,60, Dierfeld 149,20, Reife 160,10, Schöben 312,80 Mf. — Für Jan u ar: Schöben 363,30, Wotrop II 224,80 Mf.

Bezirk Gelsenkirchen: Cidel I 824,80, Cidel II 212,90, Gelsen- kirchen I 290,10, Gelsenkirchen II 876,80, Gelsenkirchen III 879,20, Gelsenkirchen IV 895,82, Gelsenkirchen V 121,50, Gelsenkirchen VI 280,75, Gelsenkirchen VII 288,20, Gelsenkirchen VIII 118,10, Ginnig- feld 219,50, Gorbel 122,50, Göttrup 806,80, Reife 109,50, Rüdungs- hausen 217,80, Wanne 828,40, Wattenfeld I 873,40, Wattenfeld II 402,80, Wattenfeld 244,70 Mf.

Bezirk Essen-Ost: Altenort-Ruhr 117,70, Bergerhausen 810,70, Bredeneh 122,60, Essen 1698,50, Friländerort 207,10, Friländerort 588,80, Götthagen 98,-- , Götthagen 123,10, Muffelbruch 152,90, Naer 1004,80, Königsstele 180,50, Kettwig 24,10, Niederbornfeld 224,80, Niederbornen 48,10 (November) 47,70, Neulinghausen 281,40, Rülten- feld 188,70, Giese 617,80, Heberkuhr 180,80, Werden 611,-- Mf.

Bezirk Essen-West: Alfenessen I 700,-- , Alfenessen II 740,70, Vorbeck 315,80, Verge-Vorbeck 582,80, Bocholt 840,10, Carnap 842,90, Dellwig 192,60, Essen-West-Altenort 800,60, Essen-West-Goltshausen 98,50, Friländerort 220,50, Friländerort 204,05, Friländerort 328,50, Haar- gott 180,30, Hehen 284,50, Katernberg 880,10, Schöneck 448,70, Schöneck I 128,50, Schöneck II 252,50, Stoppenberg 518,40, Notte- hausen 1039,10 Mf.

Bezirk Oberhausen: Alftaden 492,20, Biefang 78,50, Dins- laken 21,20 (November) 26,40, Dimpfen I 224,20, Dimpfen II 240,60, Dimpfen III 145,50, Hamborn I 301,90, Hamborn II 388,50, Hohen 101,90, Hiesfeld 175,20, Holshausen 190,80, Mühlheim I 488,50, Mühl- heim II 98,20, Weidrich I 811,-- , Weidrich II 192,85, Weidrich III 148,-- , Oberhausen I 224,80, Oberhausen II 129,80, Oberhausen III 122,60, Obermarxloh 1236,10, Unterloberg 128,-- , Styrum 218,20, Steirade I 87,70, Steirade II 245,60, Seidort 88,80, Alfenrade 191,-- , Deed 141,00, Naer 28,50, Naer 118,30, Marzloh I 98,50, Marz- loh II 240,-- , Marzloh III 808,10, Oberhausen IV 187,80 Mf. — Für Jan u ar: Weidrich II 174,20, Marzloh I 107,75, Marzloh II 195,00, Hühner-Laar 104,80, Obermarxloh 1807,75, Marzloh II 259,80, Deed 408,60, Schmittdorf 1894,55 Mf.

Bezirk Mülheim: Mülheim 154,40, Wüderich 11,50, Homburg 167,70, Hochheide 272,00, Hochheide 298,50, Solberg 15,50, Weidrich 817,50, Wils 882,20 (4,--), Schwafheim 102,50, Neelsen 81,40, Hohenmühl 70,-- , Bergheim 90,-- , Dickscheide 10,50, Hinfort 1049,80 Mf.

Bezirk Mülheim-West: Mülheim 97,10, Wilsdorf 387,40, Wacowel 88,10, Wacowel 94,80, Schwelmer 60,70, Gemenich 11,-- , Götthagen 19,-- , Herzogenrath 269,50, Hängen 238,80, Koblisch 100,15, Neuhagen 5,60, Wanneheide 175,00, Schaufenberg 22,50, Stollberg 5,10, Wals 16,70, Wülfen 74,80, Verschiedene 28,30, Walfhausen 78,-- , Wülfen 12,20, Frechen 200,50, Gletel 127,20, Grubhorst 84,00, Gütth 11,50, Kerpen 6,-- , Ver. Wille 4,50, Wachen 40,-- Mf.

Bezirk Nordhausen: Alfenhausen 7,50, Weidrich 150,30, Wülfen 83,-- , Eigerhausen 86,80, Frankenhagen 80,40, Friedrichshof 6,-- , Gierstraße 104,90, Goltshausen 157,40, Hüpfel 88,20, Jüding- hausen 168,20, Lauterberg 222,70, Leubendorf 58,70, Niefe 214,20, Nörten 2,50, Sondershausen 87,80, Weidingshausen 21,50, Woltraus- hausen 92,-- Mf.

Bezirk Paderborn: Gausshaus 557,20, Penberg 1172,30, Weihen- berg 297,20, Setten 236,80, Martenstein 200,10, Wiesbach 118,20, Weidich 109,10, Wörnsmühl 104,50, Zehnern 88,50, Leonberg 189,-- , Uvberg 12,-- , Töls 21,50 Mf.

Bezirk Halle: Alfen 76,30, Ammendorf 240,20, Mäckerleben 397,40, Veruburg 77,50, Wilsfeld 680,70, Calbe 193,40, Dölan 43,20, Egel 615,10, Frofe 47,10, Wülfen 84,-- , Halle 176,80, Seeligen 140,-- , Hölben 69,50, Holzweilig 188,30, Hoym 24,40, Kemberg 104,60, Lettin 32,-- , Mersburg 469,-- , Neleben 112,20, Osmünde 48,-- , Osternien- burg 71,90, Römmler 69,70, Samwegen 50,-- , Sanderdorf 208,10, Sanderstraße 105,-- , Stakurt 831,-- , Wientode 16,50, Götth 92,80, Goswig 50,-- , Götth 26,50 Mf.

Bezirk Gildesheim: Götthagen 78,50, Götthagen 61,50, Weiden- heid (November) 28,80, Knecht 21,-- , Hamerleben 13,50, Wülfen 126,40, Selmsfeld I 182,70, Lechte 24,40, Wülfen 100,70, Kirchdorf 85,70, M.-Wieningen 87,-- , Kallen 94,-- , Oberntischen 132,20, Argestorf 80,50, Wredeneh 24,80, Worfinghausen 215,50, Worfingha- gen 48,70, Worfing 144,60, Linden 68,70, Neufeld 6,-- , Nannenberg 86,30, Wülfen 16,50, Wülfen 24,20, Wante 14,50, Wante 22,60, Wante 150,60, Wante 17,-- , Götthagen 278,90, Wante 24,10, Wante 73,70, Wante 37,50, Wante 34,00, Wante 228,80, Wante 85,50, Wante 88,90, Wante 59,70, Wante 11,80, Wante 9,-- , Wante 235,20, Wante 10,80, Wante 190,10, Wante 9,-- , Wante 22,50, Wante 103,40, Wante 68,50, Wante 94,-- , Wante 88,40, Wante 88,40, Wante 187,60, Wante 61,80, Wante 253,70, Wante 11,80, Wante 30,-- , Wante 45,50, Wante 30,-- , Wante 11,80 Mf.

Bezirk Lügau: Für November: Wernsdorf 106,80, Grotz- hof 135,40, Grotz 780,20, Grotz 440,70, Grotz 79,90, Heinrichs- ort 99,80, Lügau 739,50, Wittenstein 436,-- , Wittfeld 60,-- , Neu- bils 207,50, Neufeld 107,-- , Neufeld 71,-- , Niederdorf 47,80, Niederwülfen 442,-- , Wente 64,70, Wente 424,60, Wente 770,50, Oberwülfen 158,50, Oberwülfen 43,50, Stollberg 264,30 Mf. Für De zember: Wernsdorf 138,80, Grotz 181,90, Grotz 980,40, Grotz 594,90, Grotz 97,40, Heinrichs-ort 140,30, Lügau 881,50, Wittenstein 547,-- , Wittfeld 89,20, Wente 357,50, Neufeld 118,-- , Neufeld 97,80, Niederdorf 82,90, Niederwülfen 505,50, Wente 78,50, Wente 577,30, Wente 95,-- , Oberwülfen 218,90, Oberwülfen 84,-- , Stollberg 297,50, Seifersdorf 121,70 Mf. — Für November: Seifersdorf 118,-- Mf.

Bezirk Mansfeld: Wilsdorf 128,30, Amador 130,70, Wente- heid 56,70, Wente 42,80, Wente 22,-- , Erdborn 74,60, Eper- heid 40,50, Wente 118,80, Helbra 184,60, Götthagen 43,30, Götth 216,10, Götth 23,10, Götth 93,80, Klostermansfeld 119,-- , Langenhagen 48,40, Wente 88,30, Oberwülfen 87,-- , Wente 25,-- , Wente 85,80, Sangerhausen 56,-- , Schraplan 106,50, Stebtin 101,50, Wente 409,90, Wente 61,20, Wente 254,30 Mf.

Bezirk Salzgungen: Wülfen 24,-- , Wente 37,60, Wente- bad 6,50, Wente 167,20, Wente 9,20, Wente 23,-- , Wente 19,10, Wente 8,-- , Wente 115,60, Wente 206,-- , Wente 24,50, Wente 15,90, Wente 38,-- , Wente 89,70, Wente 86,50, Wente 23,-- , Wente 13,-- , Wente 14,-- , Wente 19,-- , Wente 10,30, Wente 39,-- , Wente-

Wente 8,-- , Wente 24,80, Wente 28,-- , Wente 18,40, Wente- grün 41,20, Wente 72,70, Wente 14,50, Wente 82,50, Unter- weid 27,05, Wente 17,-- , Einzelmitglieder 82,55 Mf.

Bezirk Gelsenkirchen: Wente 89,80, Wente 428,20, Wente 5,-- , Wente 209,10, Wente 128,95, Wente 182,50, Wente 99,10, Wente 106,10, Wente 221,60, Wente 248,90, Wente 179,50, Wente 29,70, Wente 80,80, Wente 215,40, Wente 15,-- , Wente 60,80, Wente (November, Dezember) 43,70, Wente 45,30, Wente 41,-- , Wente 62,10, Wente 109,50, Wente 168,10, Wente 116,50, Wente 111,90, Wente 880,80, Wente 88,20, Wente III 142,80, Wente 282,40, Wente 121,10, Wente 80,80, Wente (November, Dezember) 164,50, Wente (November, Dezember) 98,-- , Wente 21,70 Mf.

Bezirk Witten: Wente 182,70, Wente 128,40, Wente 815,10, Wente 800,60, Wente 155,50, Wente 147,80, Wente- hain 81,00, Wente 284,40, Wente 70,20, Wente 9,80, Wente 117,-- , Wente 282,30, Wente St. Jacob 210,70, Wente St. Michael 188,-- , Wente St. Michael 85,70, Wente 617,30, Wente 789,80, Wente 6,10, Wente 942,10, Wente- hof 241,90, Wente 197,-- , Wente 167,80, Wente 647,-- , Wente 269,50, Wente 54,50, Wente 44,20, Wente 58,-- , Wente 288,80, Wente 481,80, Wente 88,80, Wente 88,-- , Wente 3,80, Wente 8,90 Mf.

Bezirk Weidenfeld: Wente 168,-- , Wente 280,-- , Wente 178,50, Wente 24,50, Wente 435,20, Wente 878,80, Wente 207,80, Wente 245,40, Wente 543,70, Wente 982,40, Wente 222,50, Wente 71,-- , Wente 820,80, Wente 549,80, Wente 116,-- , Wente 284,10, Wente 792,40, Wente 277,10, Wente 180,-- , Wente 224,50, Wente 187,50, Wente 569,30, Wente 44,-- , Wente 604,-- , Wente 414,80, Wente 870,80 Mf.

Bezirk Worna: Wente 492,30, Wente 228,80, Wente 49,50, Wente 31,-- , Wente 131,40, Wente 60,-- , Wente 146,00, Wente- Reuth 28,00, Wente 115,20, Wente 183,-- , Wente 72,60, Wente 00,-- , Wente 219,00, Wente (November, Dezember) 116,40, Wente 120, Wente 37,20 Mf.

Bezirk Witten: Wente 669,80 (2,50), Wente 2982,30, Wente 7103,75 (3,75), Wente 612,80 Mf.

Bezirk Witten: Wente 286,25 (0,75), Wente 1,601, Wente 722,35 (1,25), Wente 50,50, Wente 140,50, Wente 67,00, Wente 265,20, Wente 1898,55 (1,25), Wente 187,75 (1,25), Wente 244,10, Wente 82,80, Wente 48,50, Wente 140,50 (0,50), Wente 60,00, Wente (Oktober, November) 50,70, Wente (Dezember) 26,20, Wente 671,80 (0,50) Mf.

Für den Monat Dezember hatten noch nicht abgerechnet: Weiten- bad, Gardegen, Götthagen, Wente.

Die in Klammern gefesteten Beträge sind für Extramarken, welche in der Gesamtsumme enthalten sind.

Zur Beachtung! Die Bezirksleiter und Ortsverwaltungen werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Unrichtigkeiten sofort der Hauptkassa zu ber- richtigten.

Verbandsnachrichten.

Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1914 fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, für pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Gesucht: Der Bergmann Josef Hienbühler, früher in Marienstein wohnhaft, wird in einer Unfallfrage als Zeuge gesucht. Wer den Aufenthalt des Genannten kennt, wird gebeten, die genaue Adresse dem Vorstand mitzut. len.

An unsere Ortsverwaltungen.

Aus Freisenbruch und Sevinghausen wird uns mitgeteilt, daß dort von Polizeibeamten wiederholt der Versuch gemacht wurde, von unseren Funktionären Auskunft über die Zahl der Mitglieder zu erhalten. Bis jetzt sind diese Besuche ergebnislos geblieben. Wir machen aus diesem Anlaß alle Funktionäre unseres Verbandes darauf aufmerksam, daß die Polizei gar kein Recht hat, derartige Auskünfte zu verlangen. Es muß in allen Fällen jede Auskunft verweigert werden.

Bücherevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

- Bezirk Lügau-Oelsküh: Vom 1. bis 15. März in allen Zahlstellen.
- Wotrop II. Anfang März.
- Brambauer I. Im Februar.
- Dimpfen II. Ende Februar.
- Cidel II. Ende Februar.
- Eving II. Vom 15. bis 28. Februar.
- Gelsenkirchen I. Ende Februar.
- Kirchheide. Ende Februar.
- Scherlebeck. Ende Februar.
- Stodum. Ende Februar.
- Westerhoff. Vom 20. bis 28. Februar.

Kranzspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzspendemarken à 10 Pf. geliebt: Cidel II. Im Monat Februar.

Lafentaleuder sind noch vorrätig

Deffentliche Knappschafftsmitgl.-Berlammlungen

Sonntag, den 15. Februar 1914: Seltehardt. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrichs, für den Sprengel des Westfälischen Eisenmann. — 1. Der Kampf um die Knappschafftsreform. Referent: Kamerad Heinrich Kupperstraße, Bochum. 2. Bericht des Knappschafftsältesten Siegmund.

Deffentliche Bergarbeiter-Berlammlungen

Sonntag, den 15. Februar 1914: Essen. Sonntags 11 Uhr, im Rordparkale. — 1. Kassenangelegenheiten im Bergbau, Bergarbeitergehälter und Lohnbedingungen. 2. Bericht des Referent: Kamerad Theodor Wagner, Bochum. Obermarxloh. Sonntags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Stadtmacher. — 1. Warum müssen wir was machen? 2. Welche Vorteile brachte uns der Bergarbeiterverband? Referent: Kamerad Nikolaus Dierfeld, Gama. Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Berlammlungen zu besuchen.

Zahlstellen-Zeite

Sunderwich u. Henrichenburg. Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Redweg in Henrichenburg, an Lokal: Gemeinshaffliches Kapuzinerkloster. Eintritt 30 Pf.

1000 Mark Belohnung

Preis 100 Mf. Kriminalroman von Hans Hyan. Preis 1,00 Mf. Eine neue illustrierte Ausgabe von H. Dumas' weltberühmten Romane: Der Graf von Monte Christo. Preis 50 Pf. Der Herr und die Auarwitzen. Preis 50 Pf.

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der neuesten bis in die älteste Zeit von Otto Hue

2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 Mf.

Der zweite Band umfasst 760 Seiten mit folgendem Inhalt:

Revolutionäre technische Neuerungen. — Kampf gegen das Direktionsystem. — Die Vereinfachung des Direktionsystems. Die Organisation der Unternehmer. — Verhältnisse der Bergarbeiter um die Mitte des 19. Jahrhunderts. — Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. — Zunahme der Unfälle, Krankheiten und Invalidität. — Weitere Schädigungen der Knappschafftsgegner. — Die Zeit der Internationales Gewerkschaftsbewegung. — Die Arbeiterfrage und die Internationale Gewerkschaftsbewegung. — Die Wälderberger Bergarbeiterzeit und der Hirsch-Dunder-Joch-Gewerksverein der Bergarbeiter. — Streikbeweise in Ober-Schlesien. — Streiks und Organisationsversuche der Ruhrbergleute. — Der Verband schlesischer Berg- und Hüttenarbeiter. — Der erste Massenstreik und seine Folgen. — Die Zeit der Sammlung und der Schulung. — Gewaltiger Machtzuwachs des Internationales Gewerkschaftsbewegung. — Die zweite Massenstreik und seine Folgen: Proklamations und Verlust des Generalstreiks; Früchte des Kampfes; Anerkennung des Bergarbeiter-Verbandes der nationalen und internationalen Organisation; Kampfe in Schlesien, Mittel-, West- und Südböhmen. — Neue kapitalistische Revolutionen: Weiße Salze hat gründlichen Bergarbeiterkampf; Wehrlose Bergleute; Wiederbergarbeiterverein. — Große Volksbeweise und Lebensmittelpreiserhöhung; Abwehrkämpfe. — Das Trans- portwesen; Schiffsverkehr; Kohlenbewegung 1910-11. — Die Internationales Gewerkschaftsbewegung; Kritische Nachfragen. — Schlußwort. — Anhang. — Im Anhang sind Tabellen über die Mitgliederzahlen und Zusammenhänge folgender Verbände, beigegeben: Unter-Verband, Gewerksverein, Politische Berufsvereinigungen, Gewerksverein der Bergarbeiter H. D., Union der Bergarbeiter Österreichs, Niederösterreichischer Minenarbeiterverband, Miners Federation of Great Britain und United Mine Workers of America, ferner die Statuten einer Reihe bergarbeiterlicher Organisationen.

Das Buch wird ein wertvoller Beitrag in jeder Bergarbeiterfamilie sein! Unsere Kinder und Enkelkinder können daraus lernen, wie ihre Väter und Großväter hütten gekämpft und geopfert haben, um ihren Nachkommen eine freigewählte Zukunft zu verschaffen. Und diejenigen, welche jetzt in den Kampfenden Weihen stehen, können aus dem Buche lernen, wie ihre Vorfahren lebten und arbeiteten worden sind. Wir müssen das lernen, denn Wissen ist Macht und Macht ist Wissen! Das Buch Otto Hue's ist zu besitzen durch

H. Hansmann & Co. in Bochum (Westf.), Wiemelhauser Straße 42

Dumas' weltberühmte Romane

Sieben erschien eine neue illustrierte Ausgabe: Drei Musteltiere. Mit zahlreich. Bildern und Farb. Berg. Preis nur 2,75 Mf. Ferner neue Ausgaben: Dumas, Mäkelburg, Der Herr der Welt. 2 Bde. 5,80 Mf. Dumas, Mäkelburg, Millionenbrant. 2 Bde. geb. 5,80 Mf.

- Die Sammlung enthält folgende weitere Bände: Die Dame von Monsoreau. Elegant gebunden. Mf. 3,75
- Le Prince, Die Totenhand. Elegant gebunden. Mf. 4,60
- Die Hinfundvierzig (Fortsetzung der Dame v. Monsoreau). Elegant gebunden. Mf. 3,75
- Die Hinfundvierzig (Fortsetzung der Dame v. Monsoreau). Eleg